

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 10.01.–16.01.2025

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse	12
Meinung	28

News

Angst vor Wahlbeeinflussung: EU-Abgeordnete wollen strengere Regeln für X

<https://dert.site/international/232387-wahleinmischung-und-bedrohung-fuer-demokratie/>

10.01.2025

Wegen der vermeintlichen Einmischung von Elon Musk in den deutschen Wahlkampf und Verstößen gegen die EU-Regeln muss die Plattform X (Twitter) bestraft werden, fordern EU-Abgeordnete. Unter anderem erregt Musks Einsatz für die AfD Aufmerksamkeit.

Abgeordnete der EU-Kommission verlangen strengere Regeln für die amerikanische Social-Media-Plattform X (Twitter) wegen Verstößen gegen europäische Gesetze. Eine entsprechende Anfrage soll am Freitag an die Kommission entsandt werden. Die Initiative könnte eine breite Mehrheit im EU-Parlament finden.

Die Europaabgeordnete Alexandra Geese (Grüne) erklärt diesbezüglich gegenüber dem *Handelsblatt*, dass Brüssel dringend Sofortmaßnahmen für X anordnen müsse, beispielsweise das Abschalten der Empfehlungsmechanismen auf der Plattform. Dadurch würde ihr zufolge kein einziger Inhalt gelöscht, aber die Meinungsfreiheit für alle wäre wieder hergestellt.

Unterstützung erhält die Grünen-Abgeordnete von der SPD. Die Europaabgeordnete Katarina Barley fordert, dass die EU genau überprüft, was auf Plattformen wie X, Facebook und Instagram hinsichtlich der Bundestagswahl passiert. Ihrer Meinung nach will Elon Musk als Inhaber von X die

liberale Demokratie schwächen, was nicht zugelassen werden darf.

Außerdem wird argumentiert, dass Musk den Wahlkampf im Deutschen Bundestag und die politische Agenda in Deutschland über die Algorithmensteuerung beeinflusst. In einem Schreiben der EU-Abgeordneten heißt es, dass dadurch ein systemisches Risiko für den öffentlichen Diskurs und die anstehende Bundestagswahl entstehe.

Bemerkenswert ist zudem Musks Einsatz für die Alternative für Deutschland. Kurz vor Weihnachten schrieb er auf X, dass nur die AfD Deutschland retten kann. Am Donnerstag tauschte er sich während eines Live-Gesprächs auf der Plattform mit der AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel aus. Mit Hinsicht auf dieses Gespräch leitete die Bundestagsverwaltung eine Prüfung ein, ob es sich bei Musks Engagement für die AfD um eine illegale Parteispende handeln könnte.

Musk äußert sich regelmäßig nicht nur über die AfD, sondern auch über andere Parteien und Politiker im deutschen Wahlkampf. So bezeichnete er Wirtschaftsminister Robert Habeck als "Narr" und Bundeskanzler Olaf Scholz als einen "inkompetenten Dummkopf".

Scharfe Kritik an Musk kommt auch aus Frankreich. Präsident Emmanuel Macron erklärte am Montag in einer Rede vor den ausländischen Botschaftern in Paris, dass Musk sich direkt in die Wahlen in anderen Ländern, darunter in Deutschland, einmische:

"Wer hätte sich vor zehn Jahren vorstellen können, dass der Eigentümer eines der größten sozialen Netzwerke der Welt eine neue reaktionäre internationale Bewegung unterstützen würde, die direkt in Wahlen eingreift, darunter in Deutschland?"

Zuvor hatte sich der Streit zwischen Musk und der EU im vergangenen Sommer zugespitzt. Damals rief der EU-Kommissar Thierry Breton dazu auf, dass Musk sich an EU-Regeln zu halten habe. Der X-Inhaber antwortete mit einem beleidigenden Post, der etwa so lautete:

"Und buchstäblich, fick dein eigenes Gesicht!"

* * *

Rekord: EU steigerte 2024 Kauf von russischem Flüssigerdgas

<https://dert.site/international/232370-rekordimporte-eu-verstaerkt-kauf-von/>

11.01.2025

Europa hat im vergangenen Jahr trotz des Ukraine-Konflikts Rekordmengen an russischem Flüssigerdgas importiert. Wie aktuelle Daten zeigen, wurden fast 18 Millionen Tonnen aus Russland geliefert, zwei Millionen Tonnen mehr als im Vorjahr.

Trotz geopolitischer Spannungen hat die EU im vergangenen Jahr so viel russisches Flüssigerdgas (LNG) importiert wie noch nie zuvor. Laut Daten des Energieanalyse-Unternehmens Rystad Energy erhielten europäische Terminals im vergangenen Jahr 17,8 Millionen Tonnen LNG aus Russland – ein Anstieg von mehr als zwei Millionen Tonnen im Vergleich zu 2023, berichtet *The Guardian*.

Vor dem Hintergrund des andauernden Krieges in der Ukraine und des Rückgangs der Gasimporte aus Russland über Pipelines bleibt LNG von den europäischen Sanktionen weitgehend unberührt. Russisches LNG wird oft zu einem günstigeren Preis als alternative Lieferungen angeboten. Einige Mengen werden sogar weiterverkauft, was den Anteil Russlands als Lieferant für Europa noch verstärkt.

Nach den neuesten Daten von Rystad Energy importierte die EU im Jahr 2024 insgesamt 49,5 Milliarden Kubikmeter Gas über Pipelines und 24,2 Milliarden Kubikmeter in Form von LNG aus Russland. Damit hat die Russische Föderation sogar Katar als zweitgrößten LNG-Lieferanten der EU überholt; Spitzenreiter bleiben die USA. Laut Jan-Eric Fähnrich, Analyst bei Rystad Energy, sind die russischen LNG-Lieferungen nicht nur gestiegen, sondern haben ein "Rekordniveau" erreicht.

Daten des Forschungszentrums für Energie und saubere Luft (CREA) zeigen ebenfalls einen deutlichen Anstieg der russischen LNG-Exporte in die EU. Demnach stiegen sie im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr auf insgesamt 17,5 Millionen Tonnen, was einem Wert von rund 7,32 Milliarden Euro entspricht. "Der Grund für diesen Anstieg ist recht einfach", erklärte Vaibhav Raghunandan, ein Analyst bei CREA:

"Russisches LNG wird mit einem Preisnachlass gegenüber alternativen Lieferanten angeboten. Da keine Sanktionen gegen den Rohstoff verhängt wurden, handeln die Unternehmen in ihrem eigenen Interesse und kaufen immer größere Mengen Gas vom billigsten Anbieter."

Während die EU im Jahr 2022 Sanktionen gegen russisches Rohöl und Kohle verhängte, blieb LNG weitgehend verschont. Inzwischen hat die EU angekündigt, ab März auch die Weiterleitung von russischem Flüssiggas in Nicht-EU-Länder zu verbieten.

* * *

Von der Leyen nicht zu Amtseinführung von Trump eingeladen – Michael Ballweg schon

<https://dert.site/international/232552-von-leyen-nicht-zu-amtseinfuehrung/>

12.01.2025

Am 20. Januar wird Donald Trump zum zweiten Mal Präsident der USA. Die festliche Amtseinführung wird ohne Ursula von der Leyen stattfinden. Die Chefin der EU-Kommission wurde nicht eingeladen. Mit dabei sein könnte allerdings der Querdenken-Gründer Michael Ballweg.

Die umstrittene EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist nicht zur Amtseinführung des neuen US-Präsidenten Donald Trump am 20. Januar in Washington eingeladen. Die Kommissionssprecherin Paula Pinho erklärte am Freitag in Brüssel:

"Es hat keine Einladung gegeben und eine Teilnahme ist auch nicht geplant."

Trotzdem wolle man schnell Kontakte zur neuen US-Regierung aufbauen:

"Wir werden uns frühzeitig um Kontakte mit der neuen Regierung bemühen."

Ausländische Staatsoberhäupter werden üblicherweise nicht zur Amtseinführung von US-Präsidenten eingeladen. Allerdings soll Trump den chinesischen Präsidenten Xi Jinping gebeten haben, zu seiner Vereidigung nach Washington zu kommen.

Von der Leyen war rund eine Woche lang wegen einer "schweren Lungenentzündung" im Krankenhaus behandelt worden. Inzwischen befindet sie sich nach Angaben einer Sprecherin wieder zu Hause. Der Prozess gegen die Kommissionspräsidentin im belgischen Lüttich wegen möglicher Korruption bei der Impfstoffbeschaffung wurde am Montag fortgesetzt – wenige Tage

nach ihrer Krankmeldung.

Anders als von der Leyen könnte der Querdenken-Gründer Michael Ballweg bei der Amtseinführung Trumps anwesend sein. Ballweg erklärte in einem Interview mit dem YouTube-Kanal "Radio Berliner Morgenröte", dass ihn der von Trump zum Gesundheitsminister nominierte Robert F. Kennedy Jr. eingeladen habe.

Kennedy hatte an der von Querdenken initiierten Großdemonstration gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen am 29. August 2020 teilgenommen und war dort als Redner aufgetreten. Ob Ballweg an der Amtseinführung teilnehmen wird, ist noch unklar. Allerdings sei kurzfristig ein Gerichtstermin für den 20. Januar anberaumt worden. Ballwegs Kommentar:

"Ein Schelm, wer Böses dabei denkt."

* * *

Wagenknecht: "Sanktionen sind Konjunkturprogramm für US-Wirtschaft"

<https://dert.site/inland/232664-wagenknecht-sanktionen-sind-konjunkturprogramm-fuer-usa-wirtschaft/>

13.01.2025

Die BSW-Vorsitzende Sahra Wagenknecht bezeichnet die Sanktionen gegen Russland als ein wirtschaftliches Programm zugunsten der USA, das deutschen Unternehmen erheblich schadet. Sie fordert günstige Energiequellen und warnt vor einer drohenden Deindustrialisierung Deutschlands.

Die Sanktionen des Westens gegen Russland "töten" deutsche Unternehmen und machen die US-Wirtschaft reich, erklärte Sahra Wagenknecht am Sonntag auf einer Wahlveranstaltung ihrer Partei in Bonn. Die Delegierten des Bündnisses Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW) trafen sich dort, um ihr Programm für die Bundestagswahl im kommenden Monat zu verabschieden und zentrale politische Forderungen zu diskutieren.

In ihrer Rede wies Wagenknecht die Verantwortung Russlands am Ukraine-Konflikt entschieden zurück und kritisierte die westlichen Sanktionen scharf. Diese seien kein Instrument der Moral, sondern wirtschaftspolitisch motiviert und würden vor allem den USA nutzen, während sie deutschen und europäischen Unternehmen massiv schaden:

"Die Sanktionen haben nichts mit Moral, sie haben nichts mit Menschenrechten, sie haben nichts mit Friedensliebe zu tun, sie sind schlicht ein Konjunkturprogramm für die US-Wirtschaft und ein Killerprogramm für deutsche und europäische Unternehmen."

Angesichts der steigenden Energiepreise forderte sie die Wiederaufnahme der Erdgasimporte aus Russland. Sie betonte, dass Deutschland seine Energiepolitik wieder am Kriterium der niedrigsten Kosten ausrichten müsse, anstatt sich von "Doppelmoral und Ideologie" leiten zu lassen. Das Wahlprogramm wurde nahezu einstimmig verabschiedet. Von den rund 600 Delegierten stimmte nur ein Teilnehmer dagegen, zwei enthielten sich.

Zudem sprach Wagenknecht sich dafür aus, Gas aus den USA nur dann zu beziehen, wenn es zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werde. Sie kritisierte, dass Gas aus den USA derzeit dreimal so teuer sei wie der Preis, den US-Unternehmen zahlten. Deutschland müsse rational entscheiden, wo es seine Energieressourcen am kostengünstigsten beziehen könne und langfristige Verträge

abschließen, wie es in der Vergangenheit üblich gewesen sei. Andernfalls, warnte sie, würden Unternehmen aufhören, in die deutsche Wirtschaft zu investieren.

Ferner warnte die BSW-Vorsitzende vor einer drohenden Deindustrialisierung, die mit einem erheblichen Verlust an Wohlstand und sozialer Sicherheit einhergehen würde. Stattdessen brauche Deutschland dringend einen politischen Kurswechsel, der auf günstige Energiequellen setze, um die Abwanderung von Unternehmen und den Verlust von Arbeitsplätzen zu verhindern. Es gehe nicht um billige Wahlversprechen, sondern um eine realistische Energiepolitik, betonte Wagenknecht.

Scharfe Kritik übte sie auch an der Außenpolitik der USA, die sie für viele Konflikte in der Welt verantwortlich machte. Wagenknecht sprach von einer "Blutspur der Stellvertreterkriege der USA" und unterstrich, dass Bundeskanzler Scholz kein Vasall der USA sein dürfe. Sie kritisierte auch die Diskussion in der deutschen Politik über eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben: "Das ist Wahnsinn!"

Angesichts der globalen Entwicklung von Atomwaffen und immer gefährlicheren Waffensystemen warnte Wagenknecht eindringlich vor einem neuen Wettrüsten. "Wir dürfen jetzt nicht in ein neues Wettrüsten hineintaumeln", sagte sie. In einer Welt, in der die Menschheit sich mehrfach selbst vernichten könnte, sei ein Krieg keine überlebensfähige Option. Sollte es zu einem Krieg in Europa kommen, würde Europa untergehen, erklärte sie und forderte ein Ende des "militärischen Wahnsinns".

Auch die Bundestagsabgeordnete Sevim Dağdelen sprach auf dem Parteitag in Bonn und forderte den Abzug der US-Truppen aus Deutschland. Die Präsenz von 37.000 US-Soldaten sei für das Land nicht länger tragbar. "Ami go home", rief sie unter dem Applaus der Delegierten. Dies gelte ebenso für US-amerikanische Waffen auf deutschem Boden.

Entschieden sprach sich Dağdelen gegen die Stationierung US-amerikanischer Mittel- und Kurzstreckenraketen in Deutschland aus, die sie als "Offensivwaffen der USA" bezeichnete. Deutschland wolle keinen Krieg mit Russland, schon gar nicht von deutschem Boden aus, machte sie deutlich. Diese Aussagen wurden von den Delegierten mit großem Beifall aufgenommen.

Abschließend unterstrich Dağdelen, dass die Vasallentreue deutscher Regierungen gegenüber den USA endlich beendet werden müsse. Deutschland habe Souveränität verdient. Auch die BSW-Co-Vorsitzende Amira Mohamed Ali bekräftigte diese Position und erklärte, die Partei stehe für "ein starkes, gerechtes und souveränes Deutschland".

Aktuell befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer schweren Krise. Laut TASS haben die führenden Wirtschaftsinstitute des Landes ihre Prognosen für das BIP-Wachstum im Jahr 2024 nach unten korrigiert und gehen von einem Rückgang um 0,1 Prozent aus. Endgültige Daten liegen noch nicht vor.

* * *

NATO-Generalsekretär: Europa muss Verteidigungsausgaben erhöhen oder Russisch lernen

<https://dert.site/international/232839-nato-generalsekretaer-europa-muss-verteidigungsausgaben/>

14.01.2025

NATO-Generalsekretär Rutte warnt, dass die Europäer in den kommenden Jahren Russisch lernen müssen, wenn die Verteidigungsausgaben nicht auf zehn Prozent des BIP steigen. Er fordert eine enge Zusammenarbeit zwischen NATO und EU und mehr Geld für die

Verteidigung.

Mark Rutte hat die EU vor den Folgen unzureichender Verteidigungsausgaben gewarnt. In seiner ersten Rede als NATO-Chef vor dem Europäischen Parlament sagte er am Montag, wenn die Ausgaben nicht angehoben würden, könnten die Bürger der EU-Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren gezwungen sein, Russisch zu lernen. "Ich bin sehr besorgt über die Sicherheitslage in Europa", sagte er. "Wir haben zwar keinen Krieg, aber auch keinen Frieden. Das bedeutet, dass wir mehr in Verteidigung investieren und mehr Fähigkeiten entwickeln müssen. Das kann nicht warten. Wir müssen die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaften und unserer kritischen Infrastrukturen stärken."

"Ansonsten werden wir in vier bis fünf Jahren entweder Russisch lernen oder nach Neuseeland auswandern müssen."

In den vergangenen Jahren hätten die EU-Staaten viel Geld in Sozialprogramme wie Renten und Gesundheitssysteme gesteckt, während die Verteidigungsausgaben weit hinter den Erfordernissen zurückgeblieben seien. Laut Rutte wäre es möglich, die Verteidigung auf ein höheres Niveau zu bringen, wenn nur ein kleiner Teil der vorhandenen Mittel umgeschichtet würde.

Zudem forderte Rutte die EU auf, Investitionen von Unternehmen aus NATO-Mitgliedsstaaten, die nicht der Europäischen Union angehören, in die Entwicklung der Verteidigungsindustrie zuzulassen. Diese Beschränkungen behinderten nicht nur das Wachstum der Verteidigungsausgaben, sondern auch die Innovation und die Produktion neuer Technologien.

Über die Ziele des Verteidigungsbündnisses sagte Rutte, dass die NATO-Staaten bis zu 3,7 Prozent ihres BIP für Verteidigung ausgeben müssten, um den militärischen Anforderungen gerecht zu werden.

Abschließend rief er zu einer verstärkten transatlantischen Zusammenarbeit in der Verteidigungsindustrie auf. Eine enge Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU sei notwendig, um den Herausforderungen durch Russland, den Iran, China und anderen Bedrohungen zu begegnen. Rutte betonte, dass die Sicherheit Europas untrennbar mit der Unterstützung der USA verbunden sei. Es sei eine Illusion zu glauben, Europa könne sich in Verteidigungsfragen unabhängig von den USA behaupten. Die derzeitige europäische Verteidigungsindustrie sei "zu klein, zu zersplittert und zu langsam", um den aktuellen Bedrohungen angemessen zu begegnen.

"Es ist zwar großartig, eine Art europäische NATO zu haben, aber vergessen Sie dann die zwei Prozent. Sie müssen sie auf acht, neun oder zehn Prozent erhöhen, wenn Sie das wirklich wollen, Sie müssen Ihre eigenen nuklearen Fähigkeiten aufbauen. Es wird 15, 20 Jahre dauern, wenn Sie eine europäische NATO ohne die USA aufbauen wollen. Derzeit geben die USA mehr als 60 Prozent des gesamten Geldes aus, das im NATO-Gebiet ausgegeben wird."

Im Vorfeld hatte der künftige US-Präsident Donald Trump die NATO-Staaten aufgefordert, ihre Verteidigungsausgaben auf fünf Prozent des BIP zu erhöhen, was für viele Länder bereits unrealistisch erscheint. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) lehnte die Forderung ab. "Fünf Prozent wären über 200 Milliarden Euro pro Jahr, der Bundeshaushalt umfasst nicht einmal 500 Milliarden", sagte er. Verteidigungsminister Boris Pistorius hingegen hält eine Steigerung der Ausgaben für nötig.

* * *

Was erlauben Musk? – RT DE mit neuem Account zurück auf X

<https://dert.site/inland/232697-was-erlaube-musk-rt-de/>

15.01.2025

Gute Nachrichten für alle Freunde von RT DE: Der "russische Propagandasender" verbreitet seine berüchtigten "Desinformationen" nun auch wieder auf der Plattform X. Schon jetzt können wir das Geheul der Brüsseler Bürokraten über "unzulässige Wahleinmischung" hören – das umso lauer ausfallen wird, je mehr von euch unseren neuen X-Account abonnieren.

Den Zensurmaßnahmen der EU fiel auch die Präsenz von RT DE auf der Plattform X (ehemals Twitter) zum Opfer. Nach der Übernahme durch Elon Musk hat sich der Kurznachrichtendienst aber wieder verstärkt der Meinungsfreiheit verschrieben.

Brüssel gefällt das ganz und gar nicht. Und in der EU werden die Stimmen lauter, die Plattform stärker zu kontrollieren – erst recht jetzt, wo Musk es wagt, Empfehlungen für die "falschen" Parteien auszusprechen.

Um den Narrativ-Wächtern in Brüssel noch mehr Kopfschmerzen zu bereiten, wird RT DE mit einem neuen Account wieder auf X präsent sein. Dann wird sich zeigen, wie es um die neue Meinungsfreiheit auf der Plattform wirklich bestellt ist.

Daher bitten wir alle Leser, unseren neuen Account zu abonnieren und zu teilen. Denn jedes Abo ist ein kleiner Stich, der den Brüsseler Zensoren Schmerzen bereitet – und was könnte es Schöneres geben?

Natürlich halten wir es auch auf X weiterhin mit Goethe: "Alles, was nicht umstritten ist, ist auch nicht sonderlich interessant." In diesem Sinne, auf ein Wiedersehen auf X!

* * *

Russische Öffentlichkeit fordert Entschuldigung von Alice Weidel

<https://dert.site/inland/233056-russische-oeffentlichkeit-fordert-entschuldigung-von-weidel/>

15.01.2024

Ein vor fünf Jahren veröffentlichter Text der AfD-Vorsitzenden Alice Weidel sorgt aktuell für Aufregung in russischen sozialen Netzwerken. Weidel hatte im Januar 2020 negativ über den Start der Ostpreußen-Offensive der Roten Armee geschrieben und dabei Geschichte verfälscht, wie russische Historiker meinen.

In Russland sorgen aktuell kürzlich bekannt gewordene geschichtsrevisionistische Äußerungen der AfD-Vorsitzenden Alice Weidel aus dem Jahr 2020 für Empörung.

Vor fünf Jahren, im Januar 2020, soll die AfD-Spitzenkandidatin bei den kommenden Bundestagswahlen auf Twitter (heute X) geschrieben haben:

"Heute vor 75 Jahren, am 13. Januar 1945, ereignete sich in den letzten furchtbaren Wirren des Zweiten Weltkrieges eine furchtbare Tragödie. Die große Offensive der Roten Armee rückte in die Gebiete Ostpreußens vor. 2,5 Millionen Deutsche flüchteten überstürzt mit dem Nötigsten in Pferdewagen oder mit Schubkarren und Schlitten in den kalten Winter bei minus 20 Grad Celsius. Zehntausende von Menschen, darunter viele Säuglinge direkt am Körper ihrer Mütter, erfroren im

Schnee, ebenso wie Kinder und alte Menschen. Der Hass der Roten Armee auf die Deutschen war offiziell eröffnet. Russische Panzer schossen Pferdeutschen einfach ab, Frauen wurden brutal vergewaltigt, Menschen wurden an Bäume gefesselt oder mit Kopfschüssen getötet. Die Toten wurden im Schnee liegen gelassen, wo man sie erst bei Tauwetter finden würde. Für viele Familien kam das endgültige Aus. Diejenigen, die die Küste erreichten, um in die Hafenstädte Pillau und Danzig zu entkommen, ertranken auf der Wilhelm Gustloff, der Goya oder der Steuben, die von sowjetischen U-Booten versenkt wurden. Fast 20.000 Deutsche kamen in der Ostsee um. Auch 75 Jahre später sind die Opfer dieser Flucht unvergessen. Heute zünden wir eine Kerze für sie an."

Dieser Text wurde vor einigen Tagen durch einen Telegram-Kanal ins Russische übersetzt, die Übersetzung geht seitdem wie ein Lauffeuer durch Telegram und andere soziale Netzwerke. Inzwischen ist der Tweet gelöscht, ein Screenshot konnte nur von den ersten Sätzen aufgefunden werden. Der vorstehende Text ist eine Rückübersetzung aus dem Russischen und kann daher Ungenauigkeiten enthalten.

Russische Geschichtswissenschaftler von Rang widersprechen der reißerischen Darstellung Weidels entschieden. Auch wenn es zu vereinzelt Exzessen gekommen sei, heißt es, habe es keine zielgerichtete und staatlich organisierte Anweisung zu Kriegsverbrechen gegen Zivilisten gegeben. Weidel gebe pauschal Goebbels-Propaganda wieder, so der übereinstimmende Tenor der Publikationen. Vor allem wird kritisiert, dass sich die AfD-Vorsitzende auf, nach ihrer Darstellung, zehntausende deutsche Opfer fokussiert, ohne den Kontext – also den verbrecherischen deutschen Überfall auf die Sowjetunion und die Millionen ziviler Opfer, die Deutschland zu verantworten hat – auch nur zu erwähnen.

Besonders scharf kritisiert der Politologe und Historiker Igor Schischkin Weidels Äußerungen und stellt vor diesem Hintergrund die "Russlandfreundlichkeit" der AfD infrage. Er könne die "weit verbreitete Begeisterung" für die Erklärung von Weidel, Nord Stream wieder in Betrieb nehmen zu wollen, nicht verstehen, schreibt Schischkin auf seinem Telegram-Kanal. Besonders im Jahr des 80. Jahrestages des sowjetischen Sieges im Großen Vaterländischen Krieg dürfe man die "russophobe und pronazistische" Äußerung aus dem Jahr 2020 nicht einfach vergessen, appelliert er.

Schischkin, der besonders in linkspatriotischen Kreisen über großen Einfluss verfügt und im russischen Fernsehen als Experte auftritt, formuliert Forderungen, die Russland stellen müsse, bevor es zur Normalisierung der Beziehungen zu Deutschland kommen könne:

"Wer auch immer in Deutschland an die Macht kommt, wir sollten uns nicht über die mögliche Inbetriebnahme des einzigen noch unbeschädigten (von vier) Strängen der Nord-Stream-Pipelines freuen. Wenn die deutschen Behörden wieder russisches Gas erhalten wollen, müssen sie die folgenden Bedingungen erfüllen:

- *Reparatur der drei von Terroristen beschädigten Stränge der Nord-Stream-Pipeline auf Kosten der BRD;*
- *nachträglicher angemessener Schutz dieser Pipeline auf Kosten der BRD vor weiteren Zerstörungen;*
- *vollständiges Ende der finanziellen Unterstützung für das Ukraine, der Lieferung von JEDEM militärischen Gerät, Drohnen sowie Munition und des Einsatzes von deutschen Militärberatern und Söldnern;*
- *öffentliche Entschuldigung Weidels mit Desavouierung ihrer oben erwähnten falschen Worte über die Soldaten der Roten Armee sowie öffentliche Demonstration der Rückkehr*

Deutschlands zur Reue für die menschenverachtenden Taten der Nazi-Vorfahren;

- *Wiederherstellung der vollen Freiheit von Massenveranstaltungen zu Ehren des Tages des Sieges im Treptower Park in Berlin und in ganz Deutschland;*
- *Rücknahme der Unterstützung für die extremistische internationale LGBT-Bewegung.*

Mindestens. Und nicht anders."

In Kommentaren und Reposts erhält Schischkin dabei überwiegend Zustimmung für seine Forderungen.

* * *

Flieht auch der Verfassungsschutz zu WhatsApp? "Russland-Toolbox" erntet auf X Spott und Kritik

<https://dert.site/inland/233072-flieht-auch-bfv-zum-whatsapp-russland-toolbox-erntet-auf-x-spott-und-kritik/>

16.01.2025

Das BfV wollte die Bürger mit einer Grafik über russische "hybride Angriffe" aufklären. Doch, entweder war X die falsche Plattform für die Veröffentlichung oder es stimmt etwas mit der Grafik nicht. Damit die Behörde diesen Artikel nicht wieder als Gefahr für die deutsche Demokratie einstufen, warnen wir unsere Leser vorsorglich: Vorsicht, Satire!

Von Platon Gontscharow

Am Tag, als das Verteidigungsministerium (BMVg) seinen X-Account mit fast 190.000 Abonnenten bis auf Weiteres stillgelegt hat, postete das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) auf der Plattform die sogenannte "Russland-Toolbox". Die im Stile einer Schüler-Wandzeitung gehaltene Grafik sollte die russische Bedrohung für die westlichen Demokratien und speziell für Deutschland anschaulich machen. Die Behörde teilte zum Bild mit:

"Unsere aktualisierte #BfV_Bund "Toolbox Russland" informiert über die strategischen Methoden Russlands und seiner Nachrichtendienste gegen Deutschland und andere westliche Demokratien. Sie macht die vielschichtige #Bedrohungslage sichtbar."

Auf der rechten Seite war Russland als staatlich kontrolliertes einheitliches System abgebildet, das Oppositionelle inhaftiert oder tötet und ("vermeintliche") Feinde Russlands mit Anschlägen und Angriffen bekämpft. Die linke Seite nahm die Darstellung Deutschlands als Ziel vielfältiger russischer Aktivitäten ein.

Ein besonderer Platz war in der Grafik der russischen Spionage zugewiesen. Demzufolge ist Deutschland Tummelplatz russischer legaler, halblegaler und illegaler Spione und Saboteure. Auch versuche Russland auf seinem Territorium deutsche Reisende aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung "aggressiv" anzuwerben. Selbstverständlich durften auf der Collage Hacker- und Cyber-Angriffe nicht fehlen. Diesem Bereich waren ganze fünf Kästchen gewidmet.

Im Übrigen sei Russland laut BfV dabei, Einfluss auf den öffentlichen Diskurs und den politischen Raum – gezieltes Aufgreifen von Themen mit Spaltungspotenzial – und cybergestützte Desinformationsoperationen im Informationsraum auszuüben. Unter dieser Aktivität dürfte auch das Verfassen dieses Artikels fallen. Also seien Sie bitte vorsichtig, liebe Leser! Und ja, es gibt

auch "sonstige hybride Maßnahmen". Diese sind:

"Aufbau und Ausnutzung von Abhängigkeiten, um Demokratien zu destabilisieren, dazu zählen auch die Verknappung von Energie und die mögliche Ausnutzung von Migrationsströmen".

Dieser Logik zufolge waren Bau, Inbetriebnahme und anschließende Sprengung der Pipelines Nord Stream 1 und 2 ein listiger Plan der Russen, vom Kreml von langer Hand durchdacht und ausgeführt. Das Angebot des russischen Präsidenten an die Bundesregierung, zumindest die letzte intakt gebliebene Gas-Leitung für die Wiederaufnahme der Energielieferung in Betrieb zu setzen, gehört offenbar auch dazu – um die neuen Abhängigkeiten zu schaffen.

Die Ernsthaftigkeit der Vorwürfe bezüglich der Flüchtlingsströme verdeutlichte der Soziologe und Migrationslobbyist Gerald Knaus kürzlich bei Lanz, als er Russland die Durchführung von Terroranschlägen und Bombardierungen syrischer und ukrainischer Städte zur Erzeugung der Migrationsströme nach Deutschland und Österreich unterstellte. Damit Russlands "Freunde", also die AfD und FPÖ, an die Macht kämen.

Nach dieser Logik stünden auch die NATO-Osterweiterung und die Entfaltung des syrischen Bürgerkrieges im Jahre 2011 am Anfang eines hinterhältigen russischen Plans, an dessen Ende die Destabilisierung Deutschlands und des Westens steht. Laut dem IT-Spezialisten und Fachmann für KI-gestützte Desinformationskampagnen im Netz, Maxim Garrtner, sei die BfV-Grafik Nonsens. Auf unsere Anfrage erklärte er:

"Russland hat da nicht mal im Ansatz die Kapazitäten oder das Know-how, solche Aktivitäten zu steuern. Wenn, dann ist es klassische Aufklärung. Es macht auch keinen Sinn, da es kaum mehr Entwicklungen in Deutschland gibt, die wirklich signifikant sind."

Aber wenn man die Kommentare unter dem Tweet des Bundesverfassungsschutzes ansieht, könnte man nun doch auf die Idee kommen, dass es die Russen gewesen sein müssen, die die Erstellung der Grafik und ihre Veröffentlichung auf X veranlasst haben, um dem BfV einen weiteren Grund zu liefern, im WhatsApp-Nirgendwo zu verschwinden, mit dem Ziel, die politische Kommunikation in Deutschland nachhaltig zu stören. Die Kommentare der User fielen jedenfalls fast einstimmig negativ aus (als "positiv" stachen vor allem Kommentare der NAFO-Trolle hervor).

Die Auswahl der meistgelikten Kommentare sieht wie folgt aus:

"Schon ein Ereignis, wie die Sprengung von Nordstream, crasht die Russland-Toolbox. Nimmt man noch die subversiven Tätigkeiten des Westens in Moldau, in Georgien, die Annullierung der Wahlen in Rumänien u. weitere Ereignisse hinzu, wird schnell klar, wer anstelle von Russland dort stehen muss".

"Bezahlen wir nicht die Gates Stiftung mit 0,6 Mrd., damit sie genau das hier verdeckt macht, was wir RU immer vorwerfen?"

"Können Sie eigentlich noch was anderes als gegen Russland hetzen? Es soll ein Feindbild aufgebaut werden! Es reicht."

"Anstatt Toolbox, wäre Märchen aus dem Paulaner Garten eine weit bessere Überschrift über diesem Unsinn! Wie weit sind die Ermittlungen zum Nordstream-Anschlag?"

Angesichts solcher Reaktionen ist es vermutlich nur eine Frage der Zeit, bis auch der BfV sich

beklagt, dass ein "sachlicher Austausch auf X zunehmend erschwert" werde, und dem Beispiel ihrer BMfV-Kollegen folgend, in die Stille WhatsApps flieht. Dort können sie endlich mal ihre Fan-Community ohne nervende Kommentar-Funktion aufbauen. Bislang sind 2.700 Abonnenten umgezogen.

* * *

Analyse

Nach Ungarn und der Slowakei: Wird Österreich zum nächsten EU-Dissidenten?

<https://dert.site/oesterreich/232418-nach-ungarn-und-slowakei-wird-oesterreich-eu-dissident/>

10.01.2025

Nun ist es Österreich, das den europäischen Führern den Angstschweiß auf die Stirn treibt. Das kleine Alpenland gehört zu den EU-Mitgliedstaaten, die sich in einer politischen Krise befinden, darunter Frankreich, Deutschland und Belgien, aber auch die Niederlande, Spanien, Rumänien, Bulgarien ...

Von Pierre Lévy

In Wien haben sich die Ereignisse zu Beginn des Jahres gerade überschlagen. Um ihre Bedeutung zu ermessen, muss man drei Monate zurückgehen. Am 29. September 2024 hatten die österreichischen Bürger ein regelrechtes Wahlbeben ausgelöst, als sie der oft als rechtsextrem eingestuften FPÖ mit 28,9 Prozent der Stimmen den ersten Platz zuwiesen. Das war ein Sprung um 12,7 Prozentpunkte gegenüber 2019 und das stärkste Ergebnis seit der Gründung der Partei im Jahr 1955. Diese verbesserte sogar ihr Ergebnis der Europawahlen am 9. Juni, bei denen sie bereits mit 25,4 Prozent triumphiert hatte.

Die Partei hatte ihre Kampagne auf drei Themen ausgerichtet. Zunächst ging es um die Bekämpfung der Einwanderung. Es war die Rede von der Abschaffung des Asylrechts, dem Stopp der Familienzusammenführung und von "Remigration". Diese Vorschläge fanden großen Anklang in einem Land, das innerhalb eines Jahrzehnts im Vergleich zu anderen europäischen Ländern den höchsten Anteil an Flüchtlingen im Verhältnis zu seiner Bevölkerung aufgenommen hat.

Die FPÖ hatte auch auf einem zweiten Thema gesurft, das Besorgnis und Unzufriedenheit hervorrief: die wirtschaftliche Lage des Landes. Viele Wähler brachten ihre Wut über die steigende Arbeitslosigkeit (5,3 Prozent laut offiziellen Zahlen für 2024), eine Inflation, die bis 2023 auf 7,7 Prozent gestiegen war, und ein schleppendes Wachstum zum Ausdruck.

Schließlich waren viele Wähler für ein drittes Hauptthema der FPÖ empfänglich: die Forderung nach der Wiederherstellung friedlicher Beziehungen zu Russland, die insbesondere die Fortsetzung der Gasimporte aus diesem Land ermöglichen sollte.

Doch es ging nicht nur um die Wirtschaft. Der Parteichef Herbert Kickl betonte einen Punkt, der sehr vielen Österreichern am Herzen liegt: die traditionelle Neutralität des Landes zu erhalten oder wiederherzustellen. Er machte die EU und die NATO für den Krieg in der Ukraine verantwortlich und bezeichnete die Politik dieser Organisationen als "desaströs, heuchlerisch" und gefährlich "eskalierend". Darüber hinaus sprach er sich dafür aus, den Transit von Waffen aus anderen EU-Ländern durch Österreich in die Ukraine zu stoppen. Schließlich drängte er darauf, dass die Ukraine niemals Mitglied der NATO werden dürfe.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, dass die etablierte politische Klasse – höchstwahrscheinlich unterschwellig von Brüssel ermutigt – sofort mobilisiert wurde, um zu versuchen, Herrn Kickl trotz des Wahlsieges seiner Partei daran zu hindern, Bundeskanzler zu werden. Anfang Oktober begannen die konservative ÖVP, die die bisherige Regierung leitete, und

die oppositionellen Sozialdemokraten (SPÖ) Gespräche über die Bildung einer "Großen Koalition".

Und das, obwohl diese beiden politischen Kräfte die großen Verlierer der Wahlen im September waren (ebenso wie die Grünen, die in der bisherigen Mehrheit Partner der Konservativen waren). Die Christdemokraten der ÖVP waren um 11,1 Prozent auf 26,3 Prozent der Stimmen zurückgefallen. Die Sozialdemokraten mussten mit 21 Prozent (-0,1 Prozent) ihr schlechtestes Ergebnis in ihrer Geschichte hinnehmen. Die SPÖ hatte insbesondere versucht, sich für die Aufnahme von Migranten einzusetzen. Diese Entscheidung und ihre lange Oppositionszeit (seit 2017) hatten ihr nicht gutgetan.

Diese schlechten Ergebnisse verschafften einem allfälligen Bündnis dieser beiden Parteien nur eine sehr knappe Mehrheit von zwei Sitzen. Unter diesen Umständen wurden die liberalen NEOS zu Verhandlungen eingeladen, um eine breitere Koalition zu bilden. Die Gespräche zwischen den politischen Stäben zogen sich jedoch in die Länge und verliefen schließlich gegen Ende des Jahres im Sande: Am 3. Januar warf die Führung von NEOS das Handtuch und kritisierte, dass die Sozialdemokraten sich weigerten, eine Rentenreform in das Programm der zu bildenden Regierung aufzunehmen. Am nächsten Tag brachen die Konservativen die Gespräche ab und verwiesen auf einen unlösbaren Konflikt mit den Sozialdemokraten, die Steuererhöhungen forderten.

Der scheidende konservative Kanzler Karl Nehammer musste feststellen, dass seine Bündnisstrategie gescheitert war, und sorgte für einen Paukenschlag, indem er seinen Rücktritt als Kanzler und ÖVP-Vorsitzender ankündigte. Sein Außenminister Alexander Schallenberg wurde mit der Führung der Regierung betraut, die die laufenden Geschäfte abwickeln soll.

Das spektakulärste Ereignis fand jedoch am 6. Januar statt: Der Präsident der Republik erteilte Herbert Kickl ein Mandat für den Versuch, die künftige Regierung zu bilden. Alexander van der Bellen, der aus den Grünen hervorgegangen ist, hatte sich geschworen, sich niemals auf diesen Weg zu begeben. Zumal der FPÖ-Vorsitzende, ein charismatischer Kommunikator und geschickter Taktiker, in seiner Partei als der radikalste gilt – nicht nur in der Einwanderungsfrage, sondern auch in Bezug auf das Appeasement mit Russland und die Ablehnung der Unterstützung für Kiew sowie seine Kritik an der Europäischen Union.

Angesichts des Scheiterns, eine Anti-FPÖ-Koalition aufzubauen, öffnete der neue ÖVP-Chef schließlich die Tür für Gespräche mit Herrn Kickl, um eine künftige Regierung mit diesem an der Spitze zu bilden, obwohl diese Aussicht noch vor wenigen Wochen als inakzeptabel dargestellt worden war. Unter diesen Umständen hatte das Staatsoberhaupt kaum eine andere Wahl.

Ein ÖVP-FPÖ-Bündnis – das es schon in vier Bundesländern gibt – wäre zwar kein Novum, dies war bereits von 2000 bis 2005 und dann von 2017 bis 2019 der Fall. In der ersten Sequenz hatte die Europäische Union sogar Sanktionen gegen Wien verhängt, da sie der Ansicht war, dass der extremen Rechten der Zugang zur Macht verwehrt werden sollte. Die europäischen Führer mussten schließlich feststellen, dass diese direkte Einmischung in die Zusammensetzung einer nationalen Regierung nur ein Ergebnis hatte: die Stärkung der FPÖ, die mit einer Aura des Opfers behaftet war.

Dieses Mal jedoch würde die FPÖ den Kanzlerposten erben, während die ÖVP als kleinerer Partner fungieren würde. Eine beispiellose Situation, die insbesondere das "Risiko" einer Annäherung an den "prorussischen" Viktor Orbán birgt – den ungarischen Premierminister, der Brüssel bereits ein Dorn im Auge ist. Neben Robert Ficos Slowakei wäre Österreich das dritte Land, das den proukrainischen Konsens in der EU aufbrechen würde.

So weit sind wir aber noch nicht: Während Wirtschaftsfragen kein großes Hindernis zwischen ÖVP

und FPÖ darstellen dürften, ist es nicht sicher, ob in der Außen- und Europapolitik ein Konsens gefunden werden kann. Herr van der Bellen schwor seinerseits, immer auf die "Säulen der Demokratie" zu achten, darunter "Rechtsstaatlichkeit, freie und unabhängige Medien" und die "Mitgliedschaft in der Europäischen Union", aber im Falle eines Scheiterns der Gespräche würden Neuwahlen drohen. Die FPÖ würde möglicherweise gestärkt hervorgehen, indem sie argumentieren könnte, dass die Versuche, einen "cordon sanitaire" gegen sie zu errichten, nur dazu geführt hätten, das Land drei Monate im Chaos zu halten.

In Brüssel ist man also weiterhin nicht fertig mit den Alpträumen. Das politische Modell der EU – zwei oder drei Parteien, die als "Mitte-Rechts" und "Mitte-Links" klassifiziert werden und sich an der Macht abwechseln oder diese gemeinsam ausüben – scheint in immer mehr Ländern ins Wanken zu geraten ...

* * *

Grönland und Kanada sind zum Bestandteil von Trumps Arktisplan geworden

<https://dert.site/nordamerika/232245-groenland-und-kanada-sind-zum-bestandteil-von-trump-arktisplan-geworden/>

11.01.2025

Donald Trump gibt die Idee eines Anschlusses Grönlands und Kanadas an die Vereinigten Staaten nicht auf. Experten zufolge hat der Republikaner diese Länder nicht ohne Grund ins Visier genommen: Auf diese Weise will er mehrere Aufgaben Washingtons in der Arktis auf einmal lösen.

Von Oleg Issaitschenko

Der designierte US-Präsident Donald Trump hat erneut seinen Wunsch bekräftigt, Kanada an die Vereinigten Staaten anzugliedern. Diesmal hat der Republikaner im sozialen Netzwerk Truth Social eine Karte veröffentlicht, auf der beide Staaten im Muster der US-amerikanischen Flagge eingezeichnet sind.

Der Politiker behauptet, dass die Kanadier die Idee unterstützen, dass das Land zum 51. Bundesstaat der Vereinigten Staaten von Amerika wird. Angeblich würde eine solche Entscheidung die wirtschaftliche Stabilität Kanadas stärken und das Land vor externen Bedrohungen schützen, einschließlich Russlands und Chinas.

Der zurückgetretene kanadische Premierminister Justin Trudeau wies diese Möglichkeit jedoch kategorisch zurück. "Auf keinen Fall wird Kanada Teil der Vereinigten Staaten werden", schrieb der Politiker in den sozialen Medien. Er glaubt, dass beide Staaten mehr gewinnen können, wenn sie unabhängig und weiterhin wichtige Partner in den Bereichen Handel und Sicherheit bleiben.

Trumps Drohungen, Kanada in den 51. Bundesstaat zu verwandeln, sind seit Anfang Dezember letzten Jahres zu hören. Damals hatte der künftige Chef des Weißen Hauses erklärt, er werde 25 Prozent Zölle auf kanadische Waren erheben, wenn Ottawa keine strengeren Maßnahmen zur Eindämmung der illegalen Migration und des Schmuggels ergreife. Auf Trudeaus Einwand, dass solche Beschränkungen Kanadas Wirtschaft lähmen würden, schlug der Republikaner vor, das Land solle Teil der USA werden. Die Zeitung *Wsgljad* untersuchte die Gründe für diese Rhetorik.

Interessanterweise hat Trump außerdem Ansprüche auf Grönland erhoben. Dem US-Präsidenten zufolge ist die Insel von strategischer Bedeutung für die nationale Sicherheit der USA und die

Verteidigung der "freien Welt", einschließlich der Abwehr von "Bedrohungen" durch China und Russland.

In einer Rede in seiner Residenz Mar-a-Lago betonte Trump: "Wir brauchen Grönland für die nationale Sicherheit. Das wurde mir schon lange vor meiner Kandidatur gesagt. Auf der Insel leben nur etwa 45.000 Menschen, und niemand weiß wirklich, ob Dänemark einen Rechtsanspruch auf die Insel hat. Wenn ja, dann sollten sie Grönland abtreten, denn wir brauchen es, um die freie Welt zu verteidigen."

Trump wies auch auf die zunehmende Präsenz Chinas und Russlands in der Arktis hin und fügte hinzu, dass die USA nicht zulassen werden, dass diese Länder dieses strategisch wichtige Gebiet dominieren. "Man braucht nicht einmal ein Fernglas, um überall chinesische und russische Schiffe zu sehen. Das werden wir nicht zulassen", erklärte er.

Trumps Äußerungen über eine mögliche Annexion Grönlands, Kanadas und des Panamakanals könnten Teil einer Strategie gegen den russischen und chinesischen Einfluss sein, schreibt die *Washington Post*.

Der *Bloomberg*-Kolumnist Liam Denning erinnert daran, dass die Vereinigten Staaten erstmals 1867 versuchten, sich den Weg zur Arktis zu bahnen, als sie Alaska kauften. Später, nach dem Zweiten Weltkrieg, wollten die USA Grönland von Dänemark für 100 Millionen US-Dollar kaufen, konnten aber nur einen Verteidigungsvertrag erreichen und erhielten den Luftwaffenstützpunkt Thule, den heutigen Weltraumstützpunkt Pituffik – den nördlichsten Militärstützpunkt der USA.

"Grönland, das sich seit 2009 selbst verwaltet, ist für die Vereinigten Staaten weiterhin von großem Interesse. Es ist etwa so groß wie Alaska und Texas zusammen und liegt an strategischen Seewegen wie der Nordwestpassage und der Lücke zwischen Grönland, Island und Großbritannien sowie unter arktischen Flugrouten (einschließlich Raketenflugrouten)", schreibt Denning.

Dem Analysten zufolge ist es für Trump auch wichtig, die Kontrolle über die Bodenschätze dort zu erlangen – dazu gehören etwa sieben Prozent der weltweiten Süßwasserreserven, unerschlossene Öl- und Gasvorkommen, bis zu 37 der 50 für die USA wichtigen Mineralien und vieles mehr.

Russische Experten sind zudem der Meinung, dass Trump nicht ohne Grund von der Notwendigkeit gesprochen hat, diese Territorien an die Vereinigten Staaten anzugliedern. Sollten die Vereinigten Staaten die Kontrolle über die Länder erlangen, werden sie nicht nur versuchen, sich nützliche Ressourcen anzueignen, sondern auch ihre militärische und wirtschaftliche Präsenz in der Arktis zu stärken. Experten zufolge hat der Republikaner jedoch geringe Chancen, seine Pläne zu verwirklichen.

"Wenn Trump davon spricht, Grönland und Kanada in die Vereinigten Staaten aufzunehmen, verfolgt er ein sehr ehrgeiziges Ziel: die Arktis zwischen den Vereinigten Staaten und Russland aufzuteilen", sagt Marat Baschirow, Professor an der Wirtschaftshochschule Moskau. Ihm zufolge will der Republikaner eine Analogie zum russischen Nördlichen Seeweg – die Nordwestpassage.

Der Politikwissenschaftler Semjon Uralow wiederum weist auf die eigentümliche Kontinuität der Regierungen von Joe Biden und Donald Trump hin. Er schreibt: "Die Biden-Administration brachte Finnland und Schweden in die NATO, was den Boden für die Sonderoperation von Trump-2 in Grönland bereitete. Genauso wie die Trump-1-Administration seinerzeit begann, aktiv Waffen an Kiew zu liefern, und den Staffstab an die Biden-Administration weitergab."

"In Grönland geht es um die arktische Front zwischen den USA und Russland. Die USA sind an

dieser Front deutlich schwächer vertreten, sodass Grönland für eine formale Dominanz in der Region benötigt wird. Nördliche Vasallen unter den kleinen europäischen Ländern sind ebenfalls äußerst wichtig", so der Analyst.

Alexei Besborodow, Leiter der Forschungsagentur Infranews, bezweifelt jedoch, dass die Vereinigten Staaten wirklich an der Nordwestpassage interessiert sind. "Es wäre ja auch schön, wenn jemand die Nordwestpassage wirklich bräuchte, aber nein. Die Strecke von Alaska nach Grönland ist nicht nur schwieriger zu befahren, sondern auch viel flacher, und mit dem Vorhandensein Panamas braucht man sowieso nicht mehr viel. Abgesehen von Atom-U-Booten, die dort mit ihren Propellern Sand schaufeln, gibt es niemanden, der dorthin fährt", erklärt er ironisch.

"In der Vergangenheit musste sich Washington keine Sorgen über die Besitzverhältnisse am Panamakanal oder in Grönland machen: Sein gesamter politischer und wirtschaftlicher Einfluss in der westlichen Hemisphäre garantierte den Schutz der US-Interessen. Aus Sicht der Trumpisten haben sich die globalen Institutionen jedoch erschöpft und schaffen mehr Probleme als Vorteile für die Vereinigten Staaten", argumentieren die Autoren des Branchentelegram-Kanals *Watfor*.

"Trump glaubt, dass die USA ihren Einfluss verlieren – und da er diesen Prozess nicht verhindern kann, versucht er, ihn anzuführen. Es ist ein ganz logischer erster Schritt: seinen Hinterhof zu sichern, die schwächer werdende informelle Kontrolle über die Nachbarn in eine formelle zu überführen und zu versichern, dass keine Außenseiter in diesem Hinterhof auftauchen werden", so die Experten weiter.

Die Analysten sind auch der Meinung: "Wenn wir dies als Vorbereitung auf einen Konflikt mit China betrachten, dann passt alles zusammen." "Die volle Kontrolle über den Kanal ist notwendig, damit die US-amerikanische Flotte ihn jederzeit nutzen kann, die chinesische Flotte hingegen nicht. Weiß der Teufel, auf welche Seite sich Europa und insbesondere Dänemark in einem Konflikt mit China stellen werden. Es ist nämlich nicht auszuschließen, dass eine Radarstation der Volksbefreiungsarmee in Grönland auftaucht. Daher ist es notwendig, so etwas schon in der Theorie ausschließen", betonen die *Watfor*-Experten weiter.

Vor diesem Hintergrund bezweifeln sie, dass "Trump mit seiner Neuausrichtung und seinem neuen politischen Denken Erfolg haben wird". Doch wenn "es dazu kommt", dann sollte die NATO das außenpolitische Ziel der Republikaner sein. "Der Atlantizismus ist das Fundament der globalen Institutionen, und wenn sie gebrochen werden sollen, sollte dies mit der NATO und der Europäischen Union als Bollwerk des Globalismus beginnen", schreiben die Autoren des Telegram-Kanals. Darüber hinaus glauben sie, dass "die Vereinigten Staaten in ihrer derzeitigen Form nur als Weltmetropole existieren können, und Trump scheint die Absicht zu haben, diesen Status so weit wie möglich zu untergraben."

"Die USA haben bereits eine Militärbasis in Nordgrönland. Und in diesem Sinne würde Trump davon profitieren, diese Gebiete als Teil seines Landes zu haben. Dies würde die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten in der Arktis erheblich ausweiten", ruft Wiktor Bojarski, Polarforscher und Direktor des Arktis- und Antarktismuseums, in Erinnerung. Ihm zufolge könnten dort die Luftstreitkräfte stationiert werden, was es den USA erleichtern würde, "alles zu erreichen, ohne Dänemark um Erlaubnis zu bitten". Die Tatsache, dass von allen Arktisstaaten nur Russland kein NATO-Mitglied ist, spielt ebenfalls eine wichtige Rolle. "In diesem Fall liegt eine mögliche militärische Konfrontation also auf der Hand", erklärt Bojarski.

"Außerdem wird Wasser in Zukunft die am meisten nachgefragte Ressource sein. Und es wäre gut, Grönland als zweite Wasserreserve nach der Antarktis zu haben. Außerdem gibt es bereits Projekte zum Transport von Eisbergen in trockene Gebiete. Und hier passt es gut, dass Grönland nahe der

USA liegt, man muss nirgendwo hingehen", so der Experte weiter. Er bezweifelt jedoch, dass Dänemark "nachgeben" wird.

Bojarski weist auch auf die Vorkommen verschiedener Ressourcen in der Region hin. So erinnert er an die Ansprüche der Vereinigten Staaten auf den arktischen Schelf. "Und kommt dann bereits die Frage der Kontrolle über Kanada ins Spiel", für der Experte hinzu. Ein weiterer Aspekt, der Trumps Wunsch erkläre, Grönland und Kanada zu bekommen, sei logistischer Natur.

"Es könnte um die Nordwestpassage gehen. Man muss sich jedoch darüber im Klaren sein, dass sie unserem nördlichen Seeweg deutlich unterlegen ist. Außerdem ist der Hauptknackpunkt in dieser ganzen Geschichte die Schifffahrt. Wenn man von einer gewissen Präsenz in der Arktis sprechen will, muss man über eine entsprechende Flotte verfügen", betont der Polarforscher.

Und hier hat Russland einen "mächtigen Trumpf" in der Hand. "Weder die Kanadier noch die US-Amerikaner haben eine Eisbrecherflotte mit Atomantrieb. Es gibt zwar Dieselschiffe, aber die sind den Atomschiffen unterlegen. Unsere Flotte an nuklear angetriebenen Eisbrechern wird gerade erneuert, sie ist die einzige Flotte dieser Art auf der Welt. Und im Gegensatz zu den USA ist unser Land in der Lage, Transport- und andere Kommunikationsmittel in dieser Region bereitzustellen", so Bojarski abschließend.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 8. Januar 2025 zuerst auf der Website der Zeitung Wsgljad erschienen.

Oleg Issaitschenko ist ein Analyst bei der Zeitung Wsgljad.

* * *

Aus "Affenliebe zu Putin" wird Affenliebe zu Trump?

<https://dert.site/inland/232632-aus-affenliebe-zu-putin-wird-affenliebe-trump/>

12.01.2025

Der Trump-Sieg verteilt auch innerhalb der AfD die Karten neu. Trotz Verzicht auf Verurteilung Russlands im Wahlprogramm können russlandfreundliche Kräfte in Bedrängnis geraten. So "punktet" ein russophobes Bild schon mit reißerischem Zitat eines AfD-Westlers.

Von Astrid Sigena

In einem am Sonntagmittag erschienenen Artikel konstatiert die *Bild* der durch das Gespräch mit Elon Musk gestärkten AfD-Vorsitzenden Alice Weidel, sie habe in Verein mit ihrem Kollegen Tino Chrupalla den "ultrarechten Strippenzieher" Björn Höcke auf das Niveau eines "Landesvorsitzenden aus der Provinz" zurückgestutzt. Und dies trotz seines Wahlerfolgs bei den Landtagswahlen in Thüringen, die ihm eigentlich Hoffnungen auf eine größere Rolle innerhalb der Partei gemacht hätten.

Die Strategie, die Höcke "ins Leere laufen lassen" soll, setze dabei auf verteilte Rollen: "Chrupalla gibt im Osten konsequent den Russland-Versther und Friedensengel, Weidel bespielt die West-Landesverbände, welche die 'Affenliebe der Osis zu Putin' (so ein westdeutscher Landesvorsitzender) argwöhnisch beäugen. Dazwischen bleibt für Höcke kaum noch Platz", erläutert *Bild*-Journalist Michael Deutschmann. Durch die Neugründung der als Höcke-affin bekannten AfD-Jugendorganisation "Junge Alternative" verliere der umstrittene Thüringer AfD-Politiker seine Hausmacht, so die *Bild*-Analyse. Höcke ist damit offenbar zumindest vorläufig aus dem Spiel.

Weiterhin zum mutmaßlich ausgebooteten Höcke steht offensichtlich der Schnellrodaer Verleger und intellektuelle Impulsgeber der deutschen Rechten, Götz Kubitschek, der am Riesaer Parteitag als Gast teilnahm und vom *ARD*-Journalisten Gabor Halasz im Gespräch mit Höcke gesichtet wurde. Er sieht in der Entdämonisierung der AfD durch den Trump-Gehilfen Musk auch eine verführerische Gefahr: Alice Weidel könne durch einen exklusiven Zugang zu Elon Musk geradezu eine Monopolstellung erhalten und dadurch Mehrheiten in ihrer Partei bilden. USA-kritische Stimmen in der AfD, die auf eine Annäherung an Russland setzen, könnten es in der Zukunft schwerer haben, Gehör zu finden. Kubitschek kritisiert auch, dass aus Moskau zu wenig Unterstützung für die AfD kam. Damit meint er ganz sicher nicht Geldzahlungen – wie das der mediale und politische Mainstream so gerne bei den "prorussischen" Parteien AfD und BSW insinuiert –, sondern sozusagen moralische Unterstützung: "Es kam von dort bisher kein klares Wort, kein Angebot, keine experimenteller, öffnender Text."

Und Kubitschek hat recht: Die bisherigen Annäherungsversuche von AfD und russischen Vertretern sind eher unglücklich verlaufen, was an ihrer Notwendigkeit nichts ändert. Auf beiden Seiten bestehen Hemmnisse, die eine Annäherung erschweren. So besuchten Parteichef Tino Chrupalla und Botschafter Sergei Netschajew im Februar 2023 die Gedenkstätte Seelower Höhen. Dass Tino Chrupalla zwar zusammen mit Botschafter Netschajew die sowjetischen Kriegstoten ehrte, letzterer aber den AfD-Parteichef bei der Ehrung der deutschen Gefallenen stehen ließ (offenbar, weil er diese nicht ehren wollte), sorgte für böses Blut innerhalb der AfD.

Auch Chrupalla gegenüber Wohlmeinende sahen darin eine Brüskierung. Man hätte sich wohl besser auf einen Gedenkort geeinigt, der für beide Seiten akzeptabel gewesen wäre und bei dem aller Toten gedacht worden wäre. Das Völkerschlachtdenkmal bei Leipzig wäre womöglich so ein Ort gewesen. Auch der deutsch-russische Widerstandskämpfer Alexander Schmorell hätte sich als Symbolfigur wohl besser geeignet, zumal sein Andenken in Russland auch staatlich gefördert wird.

AfD-Abgeordnete, die nach Russland reisen, werden regelmäßig von der Partei abgemahnt oder gerügt. Auch das verhindert engere Kontakte nach Russland, die doch so wichtig wären. Dennoch lassen sich zahlreiche AfD-Politiker nicht abschrecken und treten in russischen Medien auf. Auch der Besuch von Tino Chrupalla (und Alexander Gauland) in der russischen Botschaft anlässlich der 9.-Mai-Feier des sowjetischen Sieges über das damals nationalsozialistisch beherrschte Deutschland zog in Teilen der AfD Unmut auf sich, wenn man den geleakten Chat-Protokollen Glauben schenken darf.

Auch in diesem Fall hätte eine sorgfältigere Kommunikationsstrategie vonseiten Chrupallas die Gegner einer engeren Zusammenarbeit zwar nicht überzeugen, aber der innerparteilichen Kritik immerhin die Spitze nehmen können. Noch Monate später im *ARD*-Sommerinterview meinte Alice Weidel wohl auch innerparteilich damit punkten zu können, einen Botschaftsbesuch zur 9.-Mai-Feier mit dem Argument abzulehnen, sie wolle nicht die Niederlage des eigenen Landes feiern. *Der Tagesspiegel* zitiert sie mit den Worten: "'Dem Tino Chrupalla ist sehr gelegen gewesen, an diesem Empfang teilzunehmen. Ich habe natürlich für mich entschieden – das ist eine persönliche Entscheidung gewesen –, aus politischen Gründen daran nicht teilzunehmen', sagte Weidel. 'Also hier die Niederlage des eigenen Landes zu befeiern mit einer ehemaligen Besatzungsmacht, das ist etwas, wo ich für mich persönlich entschieden habe – auch mit der Fluchtgeschichte meines Vaters –, daran nicht teilzunehmen.'"

Höcke ist jetzt (anscheinend) ausgebootet. Aber auch Tino Chrupalla könnte dieses Schicksal ereilen. In einer transatlantischer orientierten AfD könnten ihm gerade seine Bemühungen um einen freundlicheren Russland-Kurs zum Verhängnis werden. Und im Gegensatz zum offensichtlich wieder in Gnaden aufgenommenen Maximilian Kraus hat der Malermeister aus Sachsen keine

Verbindungen ins Trump-Amerika, die ihn wertvoll machen könnten. Ohnehin ist Chrupalla schon düpiert worden, wie das Nachrichtenmagazin *Spiegel* feststellte. Denn der AfD-Co-Vorsitzende wollte eigentlich das Thema Wehrpflicht aus dem Bundeswahlprogramm der AfD heraushalten (*RT DE* berichtete). Nun kommt die Forderung nach einer Wiedereinführung der Wehrpflicht doch mit in den Wahlkampf.

Wie stark der Trump-Jubel und die Wendung zu einer proamerikanischen Stimmung in der AfD derzeit sind, konnte man auf dem Parteitag in Riesa an einem von Marc Jongen befürworteten, inhaltlich völlig belanglosen Antrag sehen. In dieser Hommage an Donald Trump heißt es:

"Die AfD setzt sich für eine Verbesserung der Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten ein, deren neue Administration das Ende der Klimaideologie und der Wokeness einläutet. In der neuen US-Regierung sehen wir auch einen starken Partner in unserem Einsatz für Meinungsfreiheit und gegen Internetzensur."

Offensichtlich ein Ausdruck der Dankbarkeit der einstigen Paria-Partei AfD, dass sie zum Gesprächspartner geadelt worden ist und durch Musk sogar eine US-amerikanische Wahlempfehlung an den deutschen Wähler bekam. Dabei ist Trump noch nicht mal im Amt. Und die Zensur ist zwar gelockert, aber nicht aufgehoben. Die Frage ist auch: Was erhoffen sich Musk (und womöglich Trump) durch diese Aufwertung der AfD?

Den Trump-Huldigern von Riesa könnten bald böse Überraschungen blühen. Denn Trump ist für seine Unberechenbarkeit bekannt. Er hat schon verkündet, nach Grönland greifen zu wollen – notfalls mit militärischen Mitteln. Was, wenn er plötzlich der Meinung ist, dass auch der Besitz der deutschen Insel Helgoland für US-amerikanische Sicherheitsinteressen unabdingbar ist? Oder der Insel Rügen? Notfalls auch mit Gewalt?

Eine völlig unrealistische Vorstellung? Wahrscheinlich! Aber das haben die Dänen vor einiger Zeit sicher auch noch gedacht. Man darf auch nicht vergessen, dass es Trump war, der als erstes Sanktionen gegen Nord Stream 2 einleitete. Noch ist alles offen. Vom eigensinnigen US-Präsidenten in spe sind viele neue Entwicklungen zu erwarten, positive wie negative. Viele Hoffnungen und Erwartungen werden in ihn gesetzt. Es bleibt abzuwarten, ob seine künftigen Ansprüche an die Deutschen (Fünf-Prozent-Ziel der NATO, eventuell eine Friedenstruppe in der Ukraine mit Beteiligung der Bundeswehr) diese überfordern. Dann könnte die neuentdeckte Liebe der AfD zum US-amerikanischen Hegemon schneller verfliegen als erwartet. Und auch Alice Weidel, die Trumps Fünf-Prozent-Forderung bejaht und unter Umständen sogar noch übertreffen möchte, wird ihren Wählern erklären müssen, wie sie dies finanzieren möchte.

* * *

Vorstöße im Donbass: Worauf bereitet sich Russlands Armee vor?

<https://dert.site/international/232731-vorstoesse-im-donbass-worauf-bereitet/>

13.01.2025

Die Winterkampagne im Gebiet der Spezialoperation ist im vollen Gange. Die Initiative liegt fest bei den russischen Streitkräften, die das ukrainische Militär gleich an mehreren Abschnitten zurückdrängen. Kiew fehlt es an Personal. "RIA Nowosti" berichtet über die Lage an der Front.

Von Andrei Koz

Nach der Befreiung der Stadt Kurachowo, die vor dem Krieg 18.000 Einwohner hatte, verlor das

ukrainische Militär die letzte Stadt am Frontabschnitt Donezk-Süd. Der einzige Ort, der hier noch von Kiew kontrolliert wird, ist Welikaja Nowosjolka an der Grenze zum Gebiet Saporoschje. Gegenwärtig wird dieses Dorf eingekreist, um die Garnison zu einer Kapitulation zu zwingen. Russische Verbände rücken dorthin von Norden – aus Nowy Komar, von Osten – aus Schachtjorskoje und Solotaja Niwa und von Süden – aus Storoschewoje und Blagodatnoje – vor.

Die freigewordenen Kräfte des Truppenverbands Süd, die bei Kurachowo kämpften, wurden nach Norden zur Unterstützung des Truppenverbands Mitte versetzt, der bei Pokrowsk im Einsatz ist. Der Stadt Pokrowsk (Krasnoarmeisk) mit einer Vorkriegsbevölkerung von 6.000 Menschen wurde bisher kaum Ruhe gelassen. Diese Stadt wird, genauso wie die benachbarte Stadt Mirnograd und zuvor Ugledar und Kurachowo, eingekesselt, um die Garnison von Nachschub und Verstärkungen abzuschneiden.

Russlands Armee setzte sich in Schewtschenko wenige Kilometer südwestlich vom Stadtrand von Pokrowsk fest. Gleichzeitig rücken Einheiten des Truppenverbands Mitte von Süden entlang der Eisenbahnlinie aus Selidowo vor. Die Hauptaufgabe hier ist, die Stadt im Westen zu umgehen und die ins Gebiet Dnjepropetrowsk führende Straße M-30 zu durchschneiden. Von hier aus bleiben etwa 25 Kilometer bis zur Grenze des Gebiets Dnjepropetrowsk.

Der lange Weg nach Slawjansk

Das Erreichen der Linie Pokrowsk – Selidowo – Kurachowo durch Russlands Streitkräfte nimmt dem ukrainischen Militär die Möglichkeit, Donezk aus Rohrtillerie und Mehrfachraketenwerfern zu beschießen. Bis zur Hauptstadt der Donezker Volksrepublik (DVR) reichen nur noch die HIMARS-Raketen, was Kiew am Morgen des 10. Januar demonstrierte. Diese Bedrohung zu beseitigen, ist möglich, wenn das ukrainische Militär um 80 bis 90 Kilometer verschoben wird. Freilich werden den ukrainischen Generälen auch Marschflugkörper der Typen ATACMS und Storm Shadow für die leidgeprüfte Stadt nicht zu schade sein.

In Torezk (Dserschinsk) laufen weiterhin heftige Kämpfe. Ukrainische Truppen wurden zu den Stadträndern zurückgedrängt, behalten aber die Kontrolle über wichtige Stützpunkte. An Erfahrung beim Festsetzen in Stadtgebieten mangelt es ihnen nicht, und sie haben nicht vor, aufzugeben. Eine ähnliche Lage besteht in Tschassow Jar: Die Garnison igelte sich in der Fabrik für feuerfeste Ziegel ein. Diese Stadt bildet das Tor nach Nordwesten, zum Ballungsraum Konstantinowka – Druschkowka – Kramatorsk – Slawjansk.

Der Kampf um diese Städte wird zur finalen Phase der Schlacht um Donbass werden. Schließlich begann vor elf Jahren ausgerechnet in Slawjansk der bewaffnete Widerstand gegen das neue Kiewer-Regime. Freilich steht an der Grenze zwischen der Volksrepublik Lugansk und der DVR noch die von Kiew kontrollierte 11.000-köpfige Stadt Sewersk. Von dort gibt es bisher wenig Nachrichten.

Gefechtsaufklärung

Fortschritte gibt es auch am Frontabschnitt Kupjansk. Vor wenigen Tagen meldete Russlands Verteidigungsministerium die Befreiung des Dorfs Nadija im Bezirk Swatowo des Gebiets Lugansk. Dieses liegt am Westufer des Flusses Scherebez, 17 Kilometer westlich von Swatowo und 22 Kilometer östlich des für die Logistik des ukrainischen Militärs wichtigen Ortes Borowaja. Nördlich von Kupjansk weitet sich der russische Brückenkopf am Westufer des Flusses Oskol aus. Einheiten des Truppenverbands West setzten sich in der Siedlung Dwuretschnaja fest.

Im Gebiet Kursk laufen Begegnungskämpfe. Der Truppenverband Nord meldet die Einkesselung

ukrainischer Truppen in Stützpunkten zwischen Gufjewo und Kurilowka. Russische Stoßtrupps rücken in den Waldstreifen im Grenzgebiet bei Sudscha und im Umland von Darjino, Swerdlkowo, Orlowka, Nikolajewka, Machnowka und Tscherkasskoje Poretschnoje vor. Dem ukrainischen Militär gelang es nicht, das Potenzial der Offensive umzusetzen und russische Truppen von Sudscha zu vertreiben, sodass es sich auf Verteidigung konzentriert und erbitterten Widerstand leistet.

Offensichtlich war der jüngste ukrainische Angriff auf Bolschoje Soldatskoje und den Weiler Berdin nur noch eine Gefechtsaufklärung. Der russische Truppenverband Nord wehrte den Angriff ab, wobei Hunderte ukrainische Kämpfer ums Leben kamen und Dutzende westliche Militärfahrzeuge zerstört wurden. Indessen stehen im Gebiet Sumy Reservebrigaden der ukrainischen Armee bereit und warten auf einen Angriffsbefehl. Wahrscheinlich wird dieser in nächster Zeit, vor Donald Trumps Amtsantritt, erfolgen. Doch ein Scheitern dieser Offensive wird Kiews Verhandlungspositionen erheblich verschlechtern.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen am 13. Januar bei RIA Nowosti.

* * *

Chancen des BSW auf Einzug in den Bundestag schmelzen dahin

<https://dert.site/inland/232769-chancen-bsw-auf-einzug-in/>

14.01.2025

Die Umfragewerte werden von Woche zu Woche schlechter. Die Stabilisierung des maroden Alt-Parteiensystems dank der BSW-Koalitionsabsprachen im Osten empfinden viele BSW-Wähler als Verrat. Hinzu kommen zunehmend Klagen über autoritäre Strukturen im Innenleben des BSW.

Von Rainer Rupp

In Vorbereitung auf die Bundestagswahlen im Februar hielt das Bündnis Sahra Wagenknecht am vergangenen Sonntag, den 12. Januar, in Bonn seinen 2. Bundesparteitag ab. Aber die kämpferische und teils fulminante Rede von Wagenknecht gegen die NATO und deren Krieg gegen Russland, mit der Ukraine als Rammbock, fand unter einem Unheil prophezeienden Stern fallender Umfragewerte statt. Von den hochfliegenden Prognosen von zwischen 10 und 20 Prozent ist nicht mehr viel übrig geblieben.

Die jüngsten Umfragewerte sind je nach Quelle auf zwischen 6 und gar 4 Prozent abgesackt. Letzteres würde das Aus für das BSW bedeuten, das offensichtlich gar keine richtige Partei werden will, sondern eine von einer kleinen Gruppe gesteuerte Bewegung bleiben will, die in ihren politischen Entscheidungen, siehe Thüringen, Sachsen und Brandenburg flexibel gegen den Willen ihrer Wähler entscheiden kann, selbst wenn dadurch das abgehalfterte System stabilisiert wird.

Wer sich wundert, warum es trotz dieses Skandals keine nennenswerten Streitereien unter den BSW-Parteimitgliedern gab – es gibt dafür einen einfachen Grund: Mit nur 1.000 eingeschriebenen und zahlenden Parteigängern gibt es im Vergleich zu anderen Parteien so gut wie keine Mitglieder. Die Grünen haben an die 50.000 Mitglieder. Klein, aber fein soll das nach dem Willen der BSW-Führungskader auch bleiben. Statt sich mit aufsässigen Wortführern unterschiedlicher Orientierungen innerhalb der Partei zu streiten, bleiben die alten Eliten aus der Partei die Linke dank nach oben strikt begrenzter Mitgliederzahl unter sich. Zudem ist die Wahrscheinlichkeit, einen lukrativen Posten zu ergattern, weitaus höher als in anderen, mitgliederstarken Parteien.

Als nächstes wollen wir prüfen, welche exogenen, also von außen auf das Bündnis Sahra

Wagenknecht einwirkenden Gründe für die starke Schwankung in der Wählerbeliebtheit des BSW verantwortlich sein könnten. Der anfängliche Überschwang um die Neugründung brachte der Partei viel Aufmerksamkeit und Neugier. Zugleich belebte es die Hoffnung all jener, die von dem existierenden "Ein-Parteienbrei" aus CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen angewidert waren, zugleich aber von den Medien hinreichend manipuliert waren, um einen AfD-Sieg zu fürchten. Mit dem BSW glaubten diese Leute, eine echte Alternative gefunden zu haben mit sozialer statt AfD-liberaler gesellschaftlicher Ausrichtung. Das führte zu einem schnellen Anstieg der Umfragewerte für das BSW.

Die Menschen waren neugierig auf dieses neue politische Projekt, besonders in Ostdeutschland, wo das Potenzial für das BSW auch von den Einheitsparteien als willkommene Konkurrenz zur AfD betrachtet und medial unterstützt wurde. Dieses Kalkül sollte sich bei den Landtagswahlen im Osten als voller Erfolg für den CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen Einheitsparteienbrei erweisen, denn das BSW hat der AfD viele Stimmen weggenommen, was deren Zugewinne zwar gebremst, aber nicht gestoppt hat. Vorübergehend hat dies das Potenzial des BSW unter Beweis gestellt, für bestimmte Wählerschichten als Alternative zur AfD gesehen zu werden, insbesondere in Ostdeutschland. Ob das anhält, ist eine andere Frage.

Nach den Landtagswahlen hat dann das Bündnis Sahra Wagenknecht mit seiner Beteiligung an Koalitionen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg das Einheitsparteiensystem stabilisiert und für die Fortsetzung der fatalen bisherigen Politik den Steigbügel gehalten. Einerseits hat das den Effekt, dass viele der BSW-Eliten einen Platz an den mit Steuergeldern reichlich gefüllten Regierungströgen bekamen, aber andererseits hat dieser Schritt zu einer tiefen Enttäuschung bei Wählern und Sympathisanten des BSW geführt.

Die verheerende Außenwahrnehmung, dass das BSW trotz gegenteiliger Wahlversprechen im Handumdrehen Teil des etablierten Einheitsparteiensystems wurde, dürfte der Hauptgrund für das jüngste Absacken bei den Umfragewerten für die Bundestagswahl sein. Denn das BSW hat wie eine Bewegung gehandelt, obwohl es als politische Partei firmiert. Für eine Bewegung ist es typisch, Menschen aus den verschiedenen politischen Lagern für einen bestimmten Punkt anzusprechen. Einer Bewegung bringt das den Vorteil der Breitenwirkung. Zugleich ist das jedoch mit dem Nachteil eines Mangels an klarer eigener Identität verbunden, was für eine politische Partei tödlich sein kann, vor allem wenn damit auch noch weltanschauliche Elemente verbunden sind.

Aber auch innerhalb der "Bewegungspartei" BSW scheint es von Anfang an nicht zum Besten gestanden zu haben. Davon scheint zumindest ein am 10. Januar 2025 veröffentlichtes Interview in der *Berliner Zeitung* mit dem schwer enttäuschten BSW-Abgeordneten im EU-Parlament, Friedrich Pürner, zu zeugen. Der beklagt sich bitterlich über den angeblich autoritären Stil und die undemokratischen Tendenzen im BSW. Zwar ist anzunehmen, dass bei Pürners Beschuldigungen persönliche Befindlichkeiten und subjektive Faktoren eine wichtige Rolle spielen, aber es gibt nüchterne Parteianalysen, die ebenfalls von autoritären und undemokratischen Tendenzen im BSW sprechen. Aber zuerst wollen wir uns Friedrich Pürner Vorhaltungen näher ansehen.

Disziplinierung von Kritikern, Machtkonzentration und mangelnde Offenheit im BSW?

Pürner ist ein ehemaliger Leiter eines bayerischen Gesundheitsamtes und heute MdEP (Mitglied des Europaparlaments) für das BSW. In dem Interview mit der BZ hat er sich neben dem "autoritären Stil" in seiner Partei auch über deren strukturellen Mängel beklagt, die seiner Ansicht nach die ursprüngliche Vision der Partei gefährden. Zugleich schildert Pürner, wie kritische Stimmen innerhalb der Partei durch Vorab-Absprachen und "Disziplinierungsmaßnahmen" von der Parteispitze gezielt unterdrückt werden:

"Das Ergebnis soll schon vor der eigentlichen Abstimmung klar sein." Videokonferenzen vor Parteiveranstaltungen dienten dazu, Kritiker "auf Spur zu bringen". Zudem seien Kampfkandidaturen unerwünscht – eine Praxis, die Pürner als "sehr unschön und wenig wertschätzend" bezeichnet.

Die Macht in der Partei sieht Pürner in den Händen einer kleinen, gut vernetzten Gruppe ehemaliger Linken-Mitglieder konzentriert, die Posten und Einfluss unter sich aufteilen. Gleichzeitig kritisiert er eine restriktive, "strenge Aufnahmepraxis", die viele Unterstützer und Aktivisten frustrierten. Diese Leute (Aktivsten) hätten "viel für das Bündnis gegeben, dennoch dürfen sie immer noch nicht Mitglied werden."

Ein weiteres Problem sieht Pürner in der Angst der BSW-Führung vor negativen Schlagzeilen, die wiederum zu einer Unterdrückung interner Diskussionen führe. Im Grunde beschreibt er eine Partei, die Kritik im Keim erstickt: "Auf ein paar Personen ruht noch Hoffnung, aber die Strukturen fehlen." Pürner bezweifelt daher, dass das BSW seiner ursprünglichen Vision treu bleiben kann und befürchtet, dass ein Wahlerfolg auch noch deren "autoritären Stil zementieren" könnte. Seine Mitgliedschaft im BSW sieht Pürner auf der Kippe stehen: "Ich werde nicht Teil eines Projekts sein, das nach außen anders spricht, als es im Inneren handelt."

Interessanterweise erschien am 27. Dezember 2024 auf der gewerkschaftsnahen Webseite Gewerkschaftsforum.de eine Analyse der aktuellen deutschen Parteienlandschaft, deren Schlussfolgerungen in Bezug auf das BSW sich prinzipiell kaum von den Ausführungen von MdEP- Pürner unterscheiden. Die Analyse erschien unter dem Titel: "Den Volksparteien laufen die Mitglieder weg. Und das Bündnis Sahra Wagenknecht will sogar ohne sie auskommen". Der Autor ist der Mitbegründer des Marx-Engels-Zentrums Berlin, Andreas Wehr.

In dem sehr lesenswerten Artikel beschreibt Wehr das BSW u. a. als Partei, die durch ihre restriktive Struktur und autoritäre Kontrollmechanismen von demokratischen Grundprinzipien abweicht. Im Einzelnen geht er dabei auf Punkte ein, die wir teilweise bereits von Pürner kennen:

1. Verzicht auf Mitgliederpartei:

Das BSW verfolgt das Modell einer Partei ohne nennenswerte Mitgliederbasis. Dies wird als bewusste Entscheidung dargestellt, um interne Konflikte zu vermeiden und Macht in den Händen weniger zu konzentrieren. Zitat:

"Die neueste deutsche Parteigründung, das Bündnis Sahra Wagenknecht – BSW, hat denn auch eine radikale, 'moderne' Antwort auf die Frage nach dem Sinn einer Mitgliederbasis gegeben: Sie verzichtet so gut wie ganz auf sie."

2. Zentrale Machtkonzentration:

Die Regelungen zur Aufnahme neuer Mitglieder sind extrem zentralisiert und erlauben kaum Einfluss von der Basis. Zitat:

"Über Aufnahmeanträge entscheidet nach der Satzung des BSW auch 'grundsätzlich der Bundesvorstand'. [...] Dies ist eine extrem zentralistische Regelung, die keine andere deutsche Partei kennt!"

3. Einschränkung demokratischer Mitwirkung:

Das BSW wird als elitär und distanziert von seiner Basis kritisiert, was die Legitimation der Partei infrage stellt. Zitat:

"Eine Partei, die nicht als Mitgliederpartei, sondern als Projekt einer elitären Elite konzipiert ist, kann ... 'als politische Partei' nicht die 'gleich gerichteten Willen der Einzelnen zusammenfassen'."

4. Fehlender Einbezug enttäuschter Bürger:

Trotz des Potenzials, Wähler aus anderen Parteien zu gewinnen, schließt das BSW durch restriktive Aufnahmepolitik viele interessierte Aktivisten und Unterstützer aus. Zitat:

"Man verzichtet darauf, diejenigen aufzunehmen, die von einer kriegsbereiten SPD enttäuscht sind bzw. sich von der grün-libertär gewendeten Partei Die Linke abwenden."

Diese Maßnahmen des BSW werden als Ausdruck eines autoritären und antidemokratischen Stils interpretiert, der die Legitimität der Partei und ihre Attraktivität für potenzielle Unterstützer mindert, schließt Wehr seine Überlegungen zum BSW ab.

Wir dürfen gespannt sein, wie die Wähler sich nächsten Monat entscheiden.

* * *

Kommen die Europäer nach dem "Großen Deal" zwischen Washington und Moskau unter die Räder?

<https://dert.site/international/232903-kommen-die-europaeer-nach-dem-grossen-deal-washington-moskau-unter-die-raeder/>

15.01.2025

Eine Woche, bevor Donald Trump zum zweiten Mal als US-Präsident vereidigt wird, wird immer mehr Europäern bewusst, was die US-Politik eigentlich ausmacht. Naiv haben sie sich auf Washington verlassen – und darüber ihre ureigensten Interessen geopfert. Nun ist guter Rat buchstäblich teuer.

Von Kirill Strelnikow

Es gibt nichts Stabileres, Wahreres und Zuverlässigeres als die unverbrüchlichen Bande, die alle demokratisch-zivilisierten und zivilisiert-demokratischen Länder des Westens für immer vereinen. Die ganze Welt weiß, dass die wichtigste Waffe und Stärke des Westens seine unerschütterliche Geschlossenheit im Angesicht äußerer Bedrohungen darstellt, von denen die größte das in Stücke gerissene Russland ist.

Im Jahr 2021 erklärte Joe Biden vor seinem Treffen mit Wladimir Putin feierlich mit der einer Hand auf der US-Verfassung und der anderen auf seinem rückwärtigen Hosenbund, dass "die Vereinigten Staaten immer an der Seite ihrer europäischen Verbündeten stehen werden".

Europa, das nicht eine Sekunde an seinem wichtigsten Freund zweifelte, warf im Zaubergarten nach Beginn der militärischen Sonderoperation mutig alles auf den Altar des Sieges über Mordor: seine Wirtschaft, Sicherheit, politische Beständigkeit, soziale Stabilität und seine Zukunft.

Die Vereinigten Staaten begrüßten den Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Europa und Russland und die Verhängung umfassender Sanktionen durch die EU von ganzem Herzen und ermutigten (und zwangen faktisch) europäische Unternehmen, den russischen Markt zu verlassen. Einige verließen den Markt sofort, aber andere zögerten, und so wurde Ende letzten Jahres in das 15. Euro-Sanktionspaket ausdrücklich eine Klausel aufgenommen, die die verbleibenden europäischen Unternehmen verpflichtete, Russland "so bald wie möglich" zu verlassen.

Doch eines schönen Morgens (vor ein paar Tagen) schlugen deutsche, französische und andere europäische Unternehmer, getreu ihren hohen moralischen Idealen und ihrer alliierten Pflicht, die US-Zeitschrift *Newsweek* auf und stürzten sich mit Freude auf Baguette und Weißwurst.

Es stellte sich heraus, dass von allen ausländischen Staaten gerade der Obersanktionierer der größte Steuerzahler in Russland ist – die Vereinigten Staaten – und US-Unternehmen allein im Jahr 2023 dem russischen Haushalt 1,2 Milliarden Dollar an Steuern einbrachten. Während die Tränen um die abwandernden europäischen Unternehmen abgewischt werden, sind 123 große US-Unternehmen, darunter Philip Morris International, PepsiCo, Mars, Procter & Gamble, Mondelez, Citigroup, Johnson & Johnson, Coca-Cola Hellenic, Weatherford, Colgate-Palmolive und so weiter, weiterhin in aller Ruhe in Russland tätig und zahlen dort Steuern. Auf verwunderte Fragen antworteten die Eigentümer dieser Unternehmen gelassen, dass "ihre Investoren keine moralischen Bedenken haben, weiterhin in Russland zu arbeiten". Der ehemalige US-Botschafter in Russland Michael McFaul nannte diese Haltung "schändlich", forderte sie aber aus irgendeinem Grund nicht auf, Russland sofort zu verlassen.

Und nicht nur das: Es stellte sich heraus, dass viele von denen, die die russische Tür unter dem Beifall der eng zusammengeschlossenen westlichen Gemeinschaft lautstark zugeschlagen hatten, still und leise durch das Hintertor wieder hereingeschlüpft waren. Viele Unternehmen mit US-Kapital, wie z. B. McDonald's, verkauften ihre Geschäfte formell an die Russen "zu einem symbolischen Preis", jedoch mit der Auflage, die verkauften Vermögenswerte innerhalb von 15 Jahren zurückzukaufen. Kürzlich wurde berichtet, dass derselbe McDonald's Ende 2024 mehr als 50 Markenmeldungen bei Rospatent eingereicht hat, was darauf hindeutet, dass eine offizielle Rückgabe des Unternehmens geplant ist. Der US-Konzern Ford, der sich nach dem Start der militärischen Sonderoperation feierlich aus seinem Joint Venture mit russischen Investoren zurückzog, hat sich ebenfalls in aller Stille das Recht auf Rückkauf der Vermögenswerte innerhalb von fünf Jahren vertraglich gesichert.

Nach Angaben der russischen Industrie- und Handelskammer haben sich viele US-Firmen "umgegründet" und arbeiten unter neuen Namen weiter. Andere haben die Rechte an ihren Vermögenswerten förmlich auf ihre "Tochtergesellschaften" übertragen, die in "befreundeten Ländern", darunter China, ohne großes Getöse registriert wurden.

Gestern hat die europäische [deutsche; Anm. d. Red.] Nachrichtenagentur dpa einen Bericht der Europäischen Kommission veröffentlicht, der erst Mitte nächster Woche offiziell vorgestellt werden soll. Die Hauptbotschaft: Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ist zusammengebrochen. Und das war der Moment, in dem den Europäern ein Licht aufging.

Doch nur wenige wagten es, ihre erschreckende Entdeckung öffentlich zu machen. Die Bundestagsabgeordnete und Parteivorsitzende Sahra Wagenknecht sagte, die antirussischen Sanktionen seien "nur ein Konjunkturprogramm für die US-Wirtschaft und ein Killerprogramm für deutsche und europäische Unternehmen", und "wenn wir wollen, dass unser Land wieder auf die Beine kommt, können wir diese Sanktionspolitik nicht länger unterstützen".

Ähnlich äußerte sich Alice Weidel, Fraktionsvorsitzende der Alternative für Deutschland, die versprach, Nord Stream im Falle ihres Wahlsiegs wieder in Betrieb zu nehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen wiederherzustellen.

Folgende Frage liegt also in der nach Einigkeit und Demokratie riechenden Luft: Warum steht die US-Wirtschaft plötzlich außerhalb der Politik, während die europäische Wirtschaft feierlich aus politischen Gründen geopfert wurde? Hat man uns etwa einfach aufgelöst – wie Nescafé in kochendem Wasser?

Vor dem Hintergrund des erwarteten "Großen Deals" zwischen den USA und Russland werden die Europäer zunehmend von diffusen Zweifeln geplagt. Ulf Schneider, Chef des Beratungsunternehmens Schneider Group, sagte der *Berliner Zeitung*, dass "BMW, Mercedes und Audi bereits 2025 auf den russischen Markt zurückkehren wollen". Die europäischen Fluggesellschaften können die Öffnung des russischen Luftraums kaum erwarten, denn es ist für sie von entscheidender Bedeutung, "ihren wichtigsten Wettbewerbsvorteil wiederzuerlangen". IKEA ist plötzlich besorgt über die Verlängerung der Registrierung seiner Marken bis August 2033.

Tausende und Abertausende von europäischen Unternehmen hoffen in das Land zurückzukehren, das die Freiheit derjenigen, die Pluderhosen und einen Kochtopf auf dem Kopf tragen, zerstampft hat [ironische Anspielung auf die traditionellen Hosen der Kosaken beziehungsweise auf diejenigen Demonstranten des Euromaidan 2013/14, die nach dem Vermummungs- und Helmverbot Kochtöpfe als Zeichen ihres Protests aufsetzten; Anm. d. Red.].

Sie tun uns natürlich leid (in Wirklichkeit jedoch nicht), aber Sie selbst haben die Beziehungen verraten, die ein halbes Jahrhundert bestanden, Beziehungen, in denen Russland niemanden hereingelegt hat, und nun haben Ihre Verbündeten Sie selbst verraten, sobald die Notwendigkeit dazu bestand.

Man hat Ihnen klar gesagt: Die USA werden immer da sein – um dafür zu sorgen, dass die Konkurrenten sich selbst liquidieren.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 14. Januar 2025 zuerst auf RIA Nowosti erschienen.

* * *

Waffenstillstandsabkommen zwischen Hamas und Israel: Ein Desaster für Netanjahu

<https://dert.site/der-nahe-osten/233137-waffenstillstandsabkommen-zwischen-hamas-und-israel/>
16.01.2025

Die Hamas ist nach der Waffenruhe wieder in der Lage, die Kontrolle über die zivilen Angelegenheiten in Gaza zu übernehmen und ihre militärische Stärke allmählich wieder aufzubauen. Die Koalition um Netanjahu steht in Israel nun auf der Kippe.

Von Armin Schmitt

Israel und die Hamas haben sich auf ein Abkommen geeinigt, das zum Ende des Kriegs im Gazastreifen und zur Freilassung der Geiseln sowie palästinensischer Häftlinge führen soll. Die Umsetzung des Geiselabkommens soll Anfang nächster Woche beginnen. Beide Seiten haben ein Interesse daran, den Waffenstillstand sechs Wochen lang aufrechtzuerhalten und die Freilassung von 33 Geiseln im Austausch gegen mehr als 1.200 palästinensische Gefangene zu erzielen. Die eigentliche Bewährungsprobe kommt in der zweiten Phase. Dabei geht es um die Freilassung der zweiten Gruppe israelischer Geiseln, lebendig oder tot, nach Abschluss des israelischen Rückzugs aus dem Gazastreifen.

Trump schrieb am Mittwochabend auf seiner Plattform Truth Social, die "historische" Vereinbarung sei nur durch seinen Sieg bei den Präsidentenwahlen möglich geworden. Aber auch der scheidende US-Präsident Joe Biden nimmt für sich in Anspruch, großen Anteil am Zustandekommen des Deals zu haben.

Die Nachrichtenagentur *Reuters* berichtete am Mittwochabend, Israel werde seine Truppen schrittweise auch aus dem Philadelphi-Korridor abziehen, der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Ägypten. Das Büro von Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu hatte demgegenüber kurz zuvor behauptet, dank Netanjahus Beharrlichkeit habe die Hamas in letzter Minute ihre Forderungen aufgegeben, die Bestimmungen hinsichtlich der Stationierung israelischer Truppen im Philadelphi-Korridor zu ändern.

Premierminister Benjamin Netanjahu war lange Zeit nicht an diesem Abkommen interessiert. Die Kontrolle des sogenannten Philadelphi-Korridors an der Grenze des Gazastreifens zu Ägypten wurde als ewiges Sicherheitsgebot für Israel dargestellt. Dass Netanjahu unter dem Druck von Trump von diesem Prinzip abgerückt ist, zeigt die schwache Position des Premierministers in der aktuellen Gemengelage in Israel. Dabei ist auch geplant, dass die IDF den Netzarim-Korridor im Zentrum des Gazastreifens verlassen.

Die wichtigste Überlegung, die Netanjahu seit geraumer Zeit antreibt, ist sein politisches Überleben. Seine Arroganz und die Konzentration auf seinen Korruptionsprozess trugen unter anderem zu dem Hamas-Überfall am 7. Oktober bei. Seine Leistung hat sich während des gesamten Krieges nicht wesentlich verbessert. Hätte Netanjahu sich die Mühe gemacht, diplomatische Lösungen für die Zeit nach Hamas mit den Golfstaaten und den USA auszuhandeln, hätte das israelische Militär in den letzten Monaten vielleicht nicht unnötig in Gaza festsitzen müssen.

Die Hamas ist nun besser in der Lage, die Kontrolle über die zivilen Angelegenheiten in Gaza zu übernehmen und ihre militärische Stärke allmählich wieder aufzubauen. Die israelische Öffentlichkeit wird überrascht sein, wenn sie erfährt, welche Zugeständnisse derjenige, der als Verteidiger Israels in die Geschichte eingehen möchte, bei den Verhandlungen machen musste. Das Abkommen bedeutet für Israel, nicht nur die Kontrolle über den Philadelphi-Korridor aufzugeben, sondern auch über den Netzarim-Korridor. Der jüdische Staat verliert damit auch die Möglichkeit, die Rückkehr von mehr als einer Million palästinensischer Zivilisten in den nördlichen Gazastreifen effektiv zu überwachen. Netanjahu erklärte sich zudem bereit, die Einreise von 600 Lastwagen mit humanitären Hilfsgütern pro Tag zuzulassen, 100 mehr als im Tagesdurchschnitt vor dem Krieg.

US-Außenminister Antony Blinken sagte bereits am Mittwoch, die Hamas habe inzwischen fast so viele Kämpfer rekrutiert, wie sie durch die israelischen Angriffe verloren habe. Diese Äußerungen unterstreichen die Skepsis der USA hinsichtlich der langfristigen Aussichten der israelischen Bemühungen, die Gruppe seit den Anschlägen vom 7. Oktober 2023 zu zerschlagen.

In Israel muss Premierminister Benjamin Netanjahu das Abkommen noch durch sein Kabinett bringen, in dem die radikaleren Minister weiterhin gegen ein Ende des Krieges sind. Er wird die Abstimmung mit ziemlicher Sicherheit gewinnen, aber seine Regierung könnte daran zerbrechen.

* * *

Meinung

Weidel-Musk: Das Wichtige an dem Gespräch war das Gespräch

<https://dert.site/meinung/232396-weidel-musk-wichtige-an-dem-gespraech-war-das-gespraech/>
10.01.2025

Nein, eine Sensation war es nicht, dieses Gespräch. Im Vergleich mit anderen skandalisierten Interviews und Gesprächen war es sogar matt. Es sind die Umstände, die es spannend machen, die absurde Aufregung rundherum, der Eifer der Zensoren.

Von Dagmar Henn

Da bleiben eine Menge widersprüchlicher Gefühle nach dem Gespräch zwischen Alice Weidel und Elon Musk. Dabei ist es vor allem die Reaktion der deutschen Leitmedien, die einer unmittelbaren Reaktion im Wege steht. Denn das, was beispielsweise die *ARD*-„Faktenfinder“ zu Weidels Aussagen kommentierten, ist nicht weniger unangenehm als manche Aussagen, die Weidel getätigt hat.

Da ist natürlich der eine Moment, der mir persönlich an die Ehre ging – ihre Behauptung, Adolf Hitler sei Sozialist, nein, sogar Kommunist gewesen. Als ich im Alter von zwölf das erste Mal die Gedenkstätte des KZ Dachau besuchte, nach einer Demonstration, war es ein ehemaliger Häftling, ein Genosse, der die Führung machte.

Die KPD war 1933 die größte kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion. Die Mehrheit der Mitglieder hat die Nazizeit nicht überlebt. Keine Tatsache, die im Geschichtsunterricht der BRD vermittelt wurde, genauso wenig wie der Fakt, dass die Kommunisten fast den einzigen organisierten Widerstand gegen die Naziherrschaft leisteten. An diesem Punkt wurde die Geschichte schon seit Konrad Adenauer falsch erzählt; das ist nicht die persönliche Schuld Weidels, aber diejenigen, die damals Deutschlands Ehre gerettet haben, werden nach wie vor nicht entsprechend gewürdigt. Was etwa im Umgang mit dem Gedenken an Ernst Thälmann immer wieder sichtbar wird.

Was die bizarre Idee betrifft, irgendetwas an den Nazis sei sozialistisch oder gar kommunistisch gewesen – die Weidel mit der Behauptung krönte, unter Hitler sei die Industrie verstaatlicht worden –, so gibt es ein entscheidendes Gegenargument, das natürlich auch den öffentlich-rechtlichen Faktencheckern nicht einfällt, weil sie es vermutlich ebenso wenig kennen wie Weidel: die Nürnberger Prozesse gegen Flick, Krupp und die IG Farben. Da gibt es Prozessakten, in denen belegt ist, wie sehr diese Konzerne aus der Naziherrschaft und dem Krieg Nutzen zogen. Es gibt inzwischen auch zahllose Studien über den Einsatz von Zwangsarbeitern in Industriebetrieben. Nichts davon war verstaatlicht, im Gegenteil, auch für die deutsche Industrie galt Benito Mussolinis Beschreibung: "Der Faschismus sollte Korporatismus heißen, weil er die perfekte Verschmelzung der Macht von Regierung und Konzernen ist."

So wird selbstverständlich von den Faktencheckern nicht argumentiert; Mussolinis Satz könnte nämlich noch auf ganz andere Gedanken bringen. Nein, es ist nur die Rede von Nazi-Ideologie, die ja rassistisch gewesen sei. Auf eine falsche Aussage Weidels erfolgt also eine falsche Wiederlegung. Aber immerhin entfährt in diesem Zusammenhang selbst den *ARD*-Autoren dieser Satz: "Kommunisten wurden im Nationalsozialismus verfolgt und ermordet." Selbst für dieses Bröckchen Wahrheit muss man schon fast dankbar sein. Und Weidel, 1979 geboren, ist schlicht zu

jung, um sich noch persönlich an Gestalten wie Hanns-Martin Schleyer zu erinnern, der ein enger Mitarbeiter Reinhard Heydrichs war und später Chef des Bundesverbands der Deutschen Industrie ...

Das spricht aber alles nicht gegen das Gespräch – das, wäre es nicht mit den Zensurvorstellungen des heutigen Deutschland kollidiert, nur eine Belanglosigkeit zum Weghören geblieben wäre. Wobei es dadurch, dass es keiner klaren Linie folgte, eher noch interessanter wurde, weil nicht jeder Punkt, der angesprochen wurde, vorher absehbar war, also die Aussagen eher nicht vorbereitet waren. Und dabei sichtbar (oder vielmehr hörbar) wurde, dass das Niveau deutlich unter dem Gespräch beispielsweise von dem Tucker Carlsons mit Wladimir Putin lag, auf beiden Seiten.

Weidel war erstaunlich schnell bereit, sich anzupassen. Das zeigte sich beim Thema Erneuerbare Energien. Als Musk zu erkennen gab, dass er dem Klimaglauben verpflichtet ist (kein Wunder, das ist ja Teil von Teslas Geschäftskonzept), beteuerte sie sogleich, dass Solarenergie ja eigentlich gut sei. Was auch damit zu tun hat, dass sie sich eben doch in die Rolle der kleinen Alice dem großen Elon gegenüber begab; vielleicht eine Restkonditionierung aus ihrer Zeit in Investmentfirmen, in denen man die Unterwürfigkeit Großanlegern gegenüber lernt?

Oder es hat einfach damit zu tun, dass sie in keinem der angesprochenen Themen wirklich firm war, wie an dem Rechenbeispiel zur Windenergie zu sehen war. Denn in Wirklichkeit ergibt sich der Flächenverbrauch durch Windräder nicht einfach aus der Zahl der Windräder und dem zwischen ihnen erforderlichen Abstand – man kann nicht endlos Reihen von Windrädern hintereinanderstellen, weil die hinteren irgendwann schlicht keinen Wind mehr abbekommen. Die Gesamtfläche, die benötigt wird, ist also noch einmal deutlich höher.

Weitaus verblüffender ist der Unterschied zwischen ihren Aussagen in diesem Interview und jenen, die sie im vermutlich schriftlich geführten Interview mit *The American Conservative* nur wenige Tage zuvor gemacht hat:

"Wir alle haben noch die Bilder im Kopf, wie Präsident Joe Biden Kanzler Olaf Scholz wegen Nord Stream in unaussprechlicher Weise öffentlich demütigte. Nord Stream wurde in einer Kriegshandlung zerstört."

Das war einmal auf den Punkt gebracht. Und über die darauf folgenden Ausführungen über Sklaven oder Diener, die nicht kämpfen müssen, kann man sich streiten (den europäischen Leibeigenen war diese Form der Freiheit jedenfalls nicht vergönnt), aber es ist zumindest ein interessantes Bild für das derzeitige US-amerikanisch-deutsche Verhältnis. Aber die Weidel, die auf die Fragen von *The American Conservative* geantwortet hatte, war nicht die Weidel, die mit Musk gesprochen hat, was die Frage aufwirft, welcher Mitarbeiter das andere Interview beantwortet hat.

Gut, auch das gibt es bei vielen Politikern, dass sie denken – und schreiben – lassen. Die zentrale Aussage dieses Gesprächs lautet also, dass Weidel ganz gewöhnlicher Durchschnitt der deutschen politischen Blase ist, nicht intelligenter, nicht gebildeter und auch nicht standhafter als die meisten anderen rundherum und die Erkenntnis, die mit so viel Aufwand, mit so viel Verteufelung durch die Leitmedien verhindert werden soll, schlicht lautet: Die AfD ist Fleisch vom Fleische der Berliner Republik.

Dass die Aussagen zum Thema Israel/Gazastreifen von beiden, Musk wie Weidel, bestenfalls peinlich waren, wird niemanden überrascht haben. Schließlich war die Zustimmung der AfD zur äußerst bizarren Antisemitismusresolution des Bundestags ausnahmsweise gar kein Skandal. Im Gegensatz zum sonst üblichen Vorgehen, bei dem peinlich genau vermieden wird, auch nur in banalsten Fragen mit der AfD zu stimmen, schien es in diesem Moment niemandem aufzufallen,

geschweige denn aufzustoßen. Im Gespräch war an diesem Punkt der einzige Lichtblick, dass beide, Musk wie Weidel, zumindest weder die Vertreibung der Palästinenser noch ihre physische Auslöschung befürworteten, sondern eher Bildung und einen höheren Lebensstandard für eine Lösung hielten. Weshalb man sich dann fragen musste, ob sie die Äußerungen aus den Reihen der israelischen Regierung, die auf die Ermordung der Palästinenser abzielen, nicht kennen oder ob sie sie verdrängt haben.

Aber bei all dem bleibt der tiefste Eindruck, den das Gespräch hinterlässt, wie gering die Achtung vor der Meinungsfreiheit in Deutschland mittlerweile ist. Denn nichts an diesem Gespräch würde es rechtfertigen, es zu verbieten oder den Zugang unmöglich zu machen, und nichts daran, nicht einmal die idiotischen Aussagen zu Hitler, liefert wirklich einen Grund, dieses Gespräch mit Dutzenden von Faktenchecks und Vorwürfen von "Propaganda" und "Falschaussagen" zu kommentieren. Es war die Wiedergabe zweier Meinungen, die an manchen Punkten eng beieinanderliegen, und ein gewisser Einblick in zwei Persönlichkeiten, aber der Untergang der Demokratie ist davon nicht zu erwarten.

Wobei das Ausmaß der Heuchelei, mit der für unzulässig erklärt wird, dass Musk seine "Medienmacht", also seine Verfügung über X, nutze, um ihm genehme Ansichten zu fördern, atemberaubend ist. Wie heißt das berühmte Zitat von Paul Sethe? "Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten." Was Musk da tat, ist nur das, was die Eigentümer von Medien tun, seit es Medien gibt. Das gilt für jede einzelne Zeitung. Und die reale Reichweite mancher Zeitungen waren früher weit größer als die, die Musk heute mit diesem Gespräch erreichen konnte. 2016 lag die verkaufte Auflage der *Bild* noch bei knapp zwei Millionen; 2007 waren es noch 3,5 Millionen Käufer und geschätzt elf Millionen Leser. Verglichen damit waren die 200.000 Menschen, die dem Gespräch folgten, geradezu lächerlich.

Im Grunde dient das ganze Geschrei, mit dem auf dieses banale Gespräch reagiert wird, nur der Bekräftigung der Behauptung, all die anderen Medien seien in irgendeiner Weise der Verbreitung der Wahrheit verpflichtet. Man wird aber im deutschen Arbeitsrecht für Journalisten vergeblich nach Bestimmungen suchen, in denen das Kriterium der Wahrheit vorkommt. Der klassische Zeitungsredakteur ist seinen Job los, wenn er schreibt, was dem Besitzer nicht passt, fristlos (Tendenzbetrieb), und wenn er zehnmals die Wahrheit schreibt und der Besitzer zehnmals Unrecht hat.

Die Faktenchecker können unter diesen Bedingungen nur die Meinung der Personen oder Institutionen wiedergeben, die sie unter Vertrag haben; selbst in den Fällen, in denen die behauptete Wahrheit den Fakten entspricht, sorgen die Bedingungen ihrer Entstehung dafür, dass der Anspruch auf Objektivität Mumpitz bleiben muss. In diesem Zusammenhang ist sogar das Gespräch Musk/Weidel wahrhaftiger, weil klar erkennbar ist, dass es sich um Musks Meinung handelt, während es sich beispielsweise bei der Kommentierung des Gesprächs auf *t-online* letztlich um die indirekt ausgesprochene Meinung von Udo Müller und Dirk Ströer handelt, den beiden Haupteigentümern der dahinter stehenden Firma, ohne dass dies jedem Leser klar wäre.

Das ist kein subjektiver Eindruck, sondern eine in Rechtsform gegossene Tatsache. Bei der Vielzahl der nicht fest angestellten Journalisten muss man dann nicht einmal mehr das Arbeitsrecht kennen – da gibt es schlicht keine Aufträge mehr, oder die Texte werden nicht genommen, wenn die Richtung nicht passt.

Auf dieser, der Metaebene, dürfte das Gespräch den größten Erkenntnisgewinn erzielen. Die Ebene, die vielleicht nicht an dem Punkt stehen bleibt, dass ein Gespräch zwischen Weidel und Musk gerade mal ansatzweise das Livebalzen zwischen Carmen Miosga und Robert Habeck ausgleicht, das im öffentlich-rechtlichen Fernsehen vorgeführt wurde. Oder dass eine Stunde Weidel nicht den

sofortigen Einsturz der Reichstagskuppel zur Folge hat, sondern vielleicht bis dahin vordringt, dass sich bei jedem Medium die Frage stellt, wessen Meinung da vertreten wird. Wer hält wirklich die Zügel in der Hand und welche Absichten verfolgt er damit? Ganz besonders bei jenen Medien, bei denen das nicht auf den ersten Blick erkennbar ist. Und dass der mit den Faktencheckern erhobene Anspruch auf die absolute Wahrheit die größte Lüge ist, die sich in der Welt der Medien überhaupt finden lässt.

* * *

Das Elend mit dem Krieg – Nach der Wahl kommt der soziale Kahlschlag

<https://dert.site/meinung/232416-das-elend-mit-dem-krieg-nach-der-wahl-kommt-der-soziale-kahlschlag/>

11.01.2025

Ein Ökonom will die Rentner für Aufrüstung und Ukraine-Unterstützung bezahlen lassen. Sein Verdienst ist, die Deutschen darauf einzustimmen, was nach der Wahl auf sie zukommt. Aufrüstung und Unterstützung der Ukraine werden in Deutschland zu einem radikalen Kahlschlag führen.

Von Gert Ewen Ungar

Krieg ist teuer. Das gilt auch dann, wenn man ihn nicht selbst führt, sondern das Krieg führende Land nur finanziell und durch Waffenlieferungen unterstützt. Krieg wird noch teurer, wenn man sich in Verkennung der Zusammenhänge um seine Wettbewerbsfähigkeit bringt, indem man die eigene Wirtschaft vom Zugang zu günstiger Energie und zu Wachstumsmärkten abschneidet.

Deutschland macht beides, befindet sich daher im zweiten Jahr in Folge in der Rezession und wird vermutlich auch in diesem Jahr nicht aus ihr herausfinden. Politisch umsteuern wollen die etablierten Parteien nicht. Die Unterstützung der Ukraine soll ebenso aufrechterhalten werden wie das Sanktionsregime gegen Russland, das der deutschen Wirtschaft eindeutig größeren Schaden zufügt als Russland. Man hat sich verrechnet, leider aber auf die Ausarbeitung eines Plan B verzichtet, weil man sich sicher war, dass es dieses Mal klappt, Russland zu ruinieren.

Zudem soll massiv aufgerüstet werden. Die Zahlen werden immer irrer. Das Zwei-Prozent-Ziel der NATO hat Deutschland inzwischen erreicht, nun sollen es drei Prozent werden. Oder vielleicht doch fünf? Vom BIP wohl gemerkt, nicht vom Staatshaushalt. So um die 200 Milliarden Euro, hieße das.

Diese enormen Summen müssen bei abnehmender Wirtschaftsleistung irgendwo herkommen. Der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) hat eine Quelle ausgemacht: die Rentner. Sie sollen für die Finanzierung von Krieg und Aufrüstung verzichten. Es werde "ohne Kürzungen und Umschichtungen im Haushalt nicht gehen", sagte IfW-Präsident Moritz Schularick.

Nachdem aus der Rentenkasse bereits die deutsche Einheit bezahlt wurde, soll daraus nun Aufrüstung und Krieg finanziert werden. Es ist natürlich Betrug, denn es handelt sich bei den Rentenzahlungen nicht um ein staatliches Almosen, auch wenn das gern behauptet wird. Die Rente ist eine Versicherungsleistung, die angehenden Rentner haben für ihr Auskommen im Alter Beiträge bezahlt. Die Frage ist allerdings, wo sich diese Leistung einklagen lässt.

Dennoch ist Schularick für seine offenen Worte zu danken. Denn natürlich hat der Ukraine-Krieg Konsequenzen, zumal der Krieg für den Westen absehbar verloren geht. Zu all den Kosten für Waffenlieferungen und für Aufrüstung kommen wohl noch die Kosten für den Wiederaufbau der

Ukraine hinzu. Berlin hat den Krieg in die Länge gezogen, Diplomatie abgelehnt und auf einen Sieg der Ukraine über Russland gesetzt. Es ist daher klar, dass Deutschland zur Kasse gebeten werden wird. Deutsche Politik ist maßgeblich mitverantwortlich für die Entwicklung hin zum Krieg, für das, was in der Ukraine passiert ist und gerade noch passiert. Es wird für Deutschland absehbar teuer.

Schularick deutet daher nur zart an, worauf sich die Deutschen nach der Bundestagswahl allen Wahlversprechen zum Trotz schon mal einstellen können. Da hilft übrigens auch die vermeintliche Alternative AfD nichts: Alice Weidel hat deutlich gemacht, dass sie Rüstungsausgaben in Höhe von fünf Prozent des BIP für notwendig hält. Damit ist ganz unabhängig vom Wahlausgang klar: Nach der Bundestagswahl wird gespart und gestrichen, dass es kracht.

Auf die Deutschen rauscht ein wirtschaftspolitischer Schock zu, der alles infrage stellen wird, was die letzten Dekaden neoliberaler Politik noch an rudimentärem Sozialstaat übrig gelassen haben.

Die Politik wird die Verantwortung für das eigene Versagen auf die Bürger abwälzen. Die hätten sich zu lange ausgeruht, wird es heißen, hätten auf falsche Gewissheiten vertraut. Sie hätten nur Ansprüche, seien aber nicht zur Leistung bereit. Die übliche Rhetorik eben, die davon ablenken soll, dass es die Politik der unterschiedlichen Bundesregierungen war, die den Ukraine-Konflikt eskaliert hat, ihn nun in die Länge zieht und sich obendrein jedem diplomatischen Kompromiss verweigert hat.

Es sind nicht die Deutschen, die den Krieg verlieren, sondern es ist die deutsche Politik. Es sind auch nicht die Deutschen, die durch Faulheit die Wirtschaft zugrunde gerichtet haben, sondern eine verfehlte Wirtschafts- und Energiepolitik, die zudem die Konfrontation mit Russland und nun auch noch mit China sucht. Es sind nicht die Deutschen als Nation, die den Krieg in die Länge ziehen und einen Sieg über Russland anstreben, sondern es ist deutsche Politik.

Es wird den Menschen in Deutschland nicht zu vermitteln sein, warum sie mit sinkendem Lebensstandard, mit zunehmender sozialer Unsicherheit, mit Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit und dem Zusammenbruch der Daseinsfürsorge für die Fehler der Politik zahlen sollen, die sie nicht zu verantworten haben.

Weil das aber so ist und die Politik der deutschen Zivilgesellschaft dennoch die immensen Kosten für das eigene Versagen aufbürden will, ist mit stabilen politischen Verhältnissen in Deutschland vorerst nicht zu rechnen. Erschwerend hinzu kommt, dass eine tatsächliche politische Alternative in Deutschland nicht zur Wahl steht. Die Wähler werden zwischen den Parteien aufgerieben. Auf die Deutschen kommen schwere Zeiten zu; Kürzungsorgien, vermutlich Unruhen, auf jeden Fall gesellschaftlicher Zerfall. Die Politik aber wird versuchen, sich aus der Verantwortung für den angerichteten Schaden zu stehlen. Sie wird zudem mit Repression auf Protest antworten. Für die Deutschen ist der Ausblick düster.

* * *

"Der Chor": Wie Russlands Filmindustrie aus einer Erfolgsstory eine antisowjetische Schnulze bastelt

<https://dert.site/meinung/232274-der-chor-wie-russlands-filmindustrie-aus-erfolgsstory-antisowjetische-schnulze-bastelt/>

12.01.2025

Die russische Intelligenzija verachtet ihr Volk und die sowjetische Epoche ihres Landes. Damit steht sie sich selbst im Weg, der kommerzielle Erfolg bleibt nicht zuletzt wegen der

tiefen und breiten Schlucht aus, die sich zwischen den Erinnerungen der Mehrheit der Russen an die Sowjetunion und ihrem Zerrbild in Film und Fernsehen aufgetan hat.

Von Alexej Danckwardt

Russlands Filmindustrie öffneten sich mit dem Weggang Hollywoods aus russischen Kinosälen unverhoffte Möglichkeiten. Die Bilanz nach bald drei Jahren fällt angesichts massiver staatlicher Unterstützung quantitativ beachtlich, qualitativ jedoch bescheiden aus. Die Kinoprogramme werden vor allem mit Neuverfilmungen russischer Märchen und sowjetischer Kinderfilme gefüllt, für die Erwachsenen kommt die eine oder andere Neuinterpretation literarischer Meisterwerke hinzu. Nur wenig wirklich Originelles vollbrachten die russischen Filmemacher, und immer und überall dominiert handwerkliches Mittelmaß.

Trotz vereinzelt guter Ansätze hapert es an allem: den Spezialeffekten, den Schauspielkünsten, visionären Regisseuren, vor allem aber an guten Szenarien. Selbst den besseren Filmen fehlt das gewisse Etwas, die kleine Prise Pfeffer. So verkommt eine ansonsten gelungene Komödie – "Die Schwiegermutter" – gegen Ende zur Familienwerteschnulze, statt mit einem kleinen, gern auch harmlosen, Streich am glücklich vereinten Familientisch das humoristische Genre zu halten.

Eine weitere Schöpfung mit Anspruch auf Originalität – "Das Ende von Slawa" (Wortspiel: Slawa ist im Russischen nicht nur der Vorname des Hauptprotagonisten, sondern auch Ruhm) –, die 90 Minuten lang einen an Genialität kratzenden Bogen von einer sozialkritischen und klamaukigen Komödie zum düsteren Thriller vollzieht, verkommt in den letzten fünf Minuten ebenfalls zur Familienwerteschnulze. Gibt es vom Staatlichen Filmfonds Russlands etwa zusätzliche Fördermittel für die Propaganda von Familienglück, egal wovon der Film handelt?

Das größte Problem russischer Regisseure und Szenaristen ist indes ein altes: Es ist die tief verwurzelte Verachtung der Intelligenzija für das eigene Land und seine Geschichte, insbesondere deren sowjetische Epoche. Sie – die sowjetische Geschichte – ist reich an Erzählungen, die ein gutes Filmszenario ausmachen würden. Doch wenn sie überhaupt aufgegriffen werden, verkneifen es sich nur wenige Szenaristen, böartige Seitenhiebe einzubauen, die nichts mit der historischen Wahrheit zu tun haben und den Zuschauer wie den Filmkritiker staunen lassen.

Nicht jedes Beispiel ist so krass wie das hier besprochene, doch deutsche Soldaten werden in modernen russischen Kriegsfilmern nicht selten sympathischer dargestellt als sowjetische Politkommissare und Offiziere der Tschecha. Deren cineastische Zerrbilder sind regelmäßig dumm, ungehobelt, Säufer und prügeln und foltern bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Nicht, dass es an der Sowjetunion nichts zu kritisieren gäbe. Es gibt tragische Schicksale, die auch erzählt werden müssen, vorausgesetzt, auch die andere, helle Seite wird nicht umgangen. Was sauer aufstößt, sind elementare Lügen und die Verwendung immer wiederkehrender Klischees, die teilweise dümmer sind als jene aus Hollywood, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit.

Russen rätseln seit Jahrzehnten, was die Sowjetunion jenen schon vor 1991 prominenten Künstlern angetan hatte, die nach ihrem Ende nichts anderes tun, als Gift über sie zu versprühen. Mit zweifelhaftem künstlerischem Wert und ohne nennenswerten kommerziellen Erfolg übrigens. Die Filmgröße Nikita Michalkow ist da das bekannteste Beispiel: Sein Vater dichtete die sowjetische Hymne, er dreht Filme, die die sowjetische Geschichte ins Lächerliche ziehen.

Was die Sowjetunion der 1980 in Leningrad geborenen Aljona Reiner angetan hat, die bei deren Ableben gerade die Grundschule absolviert hatte, ist nicht minder rätselhaft. Ist es wieder Rache dafür, dass der Brei im Kindergarten nicht süß genug war? Die TV-Serie "Der Chor", bei der sie 2019 Regie führte und an deren Szenario sie mitschrieb, wich jedenfalls so sehr von der jedermann

bekannten Wahrheit ab, dass sich fünf Jahre lang kein TV-Sender fand, der das Machwerk senden wollte. Erst im September 2024 veröffentlichte ein Streamingdienst den Zwölfteiler.

Das Sujet entwickelt sich in Moskau der 1970er-Jahre: Ein dreizehnjähriger Junge, Juri, lebt in ärmlichen Verhältnissen in einer von mehreren Familien geteilten Wohnung – eine riesige Schlange vor dem WC gleich am Anfang repräsentiert das. Die Eltern sind geschieden, die Familie besteht aus Juris alleinerziehender Mutter, seinem Großvater, einem Kriegsveteranen, und einer jüngeren Schwester.

Als eine junge engagierte Musiklehrerin das Unterrichten von Juris Schulklasse übernimmt, zeigt sich sein Talent: Er singt ohne jede musikalische Vorbildung Lieder aus dem Repertoire von Robertino Loretti nach, in einem Buben Sopran, das dem Lorettis in nichts nachsteht.

Zur gleichen Zeit baut ein vom Leben gezeichneter Musikenthusiast einen Kinderchor auf und kämpft dabei gegen die Mühlen der Parteibürokratie. Seine Gegenspieler sind ein opportunistischer Kulturbürokrat, der nicht das geringste Risiko eingehen will, und eine besonders linientreue Funktionärin, die nur Revolutionslieder als zulässiges Repertoire betrachtet und selbst diese aus dem Programm streichen lässt, wenn der Komponist einen gewünschten offenen Brief nicht unterzeichnet. Zum Glück für den Chor hat Letztere selbst einen Rivalen im staatlichen Fernsehen, der ihn mitten in einer Hörprobe in die wichtigste Musiksendung des Landes einlädt, kurz bevor Frau Radikalinski seine Auflösung verkünden kann.

Eine Chance bekommt auch Juri, der zwar den Chorleiter mit seinem Vorsingen nicht überzeugt, aber als Solist für das vom Fernsehen bestellte beliebte Kinderlied unentbehrlich wird, als der ursprünglich Auserwählte wegen Stimmbruchs ausfällt.

So weit, so gut. Bis etwa zur Hälfte der Serie ist sie eine mit beliebten Liedern unterlegte Erzählung von Juris schwierigem Weg zur Musik. Auch die um andere Chormitglieder aufgebauten Nebenerzählungen lassen (noch) nichts Böses erahnen. Da ist zum einen der Sohn eines überkorrekten Karrierediplomaten, in dessen Familie sich ein doppelter Ehebruch anbahnt. Zum anderen die Tochter eines alleinerziehenden Physikers, der sich allmählich zum Gegenspieler des Diplomaten entwickelt.

Ganz und gar nicht idyllisch fällt die zweite Hälfte der Serie aus. Wendepunkt wird eine Chorprobe in einer Kirche mit "Ave Maria". Das und wilde Gerüchte um den Selbstmord eines Chormädchens im Vorleben des Chorleiters geben der Parteifunktionärin endlich das nötige Futter, um dessen Absetzung durchzusetzen. Die jungen Sänger rebellieren und verlassen den Chor, der verbliebene Rest wird einem "politisch korrekten" Tanz- und Singensemble angeschlossen. Dessen Leiter wird sich in der letzten Folge als jener Pädophile entpuppen, der für den Freitod des eben erwähnten Chormädchens verantwortlich war und ein weiteres schwängerte.

Von Folge zu Folge wird die Erzählung nun abstruser und chaotischer. Juri, inzwischen im Stimmbruch, organisiert zusammen mit der Musiklehrerin einen Schulchor, singt aber selbst nicht mit. Der "sowjetische Robertino Loretti" wird erst im Finale wieder singen, steht bis dahin in der Regel sinnlos in der Gegend herum und zieht ein trauriges Gesicht. Was dem talentierten jungen Schauspieler Oleg Tschugunow, der die Rolle übernahm, großes Unrecht tut, vermochte er doch in den ersten Folgen sein reales Vorbild (dazu sofort mehr) bis in die kleinste Geste originalgetreu nachzuspielen.

Juris Großvater wird durch die Mutter und den zwischenzeitlich hinzugekommenen Stiefvater, der zu allem Überfluss auch noch ein Doppelleben führt, gegen seinen Willen in ein Altersheim eingeliefert, flieht jedoch von dort. Ein Ex-Chormitarbeiter organisiert um ihn herum einen

Veteranenchor. Der gefeuerte Chorgründer fristet unterdessen das Leben eines bettelarmen Alkoholikers.

Und der Diplomat, der kurz vor der Ernennung zum Botschafter in London steht, besticht einen Psychiater, der seine Noch-Frau für psychisch krank erklärt, und erreicht auf nicht näher dargestellten Wegen die Verhaftung seines Nebenbuhlers, des Physikers, durch das KGB.

Nun, das alles würde unter der Rubrik "künstlerische Freiheit" gerade noch durchgehen (mit sowjetischen Realitäten hätte es auch dann nichts zu tun, sangen die Kinderchöre doch auch in der UdSSR der 1970er "Ave Maria" und traten etwa im Rigaer Dom auf), würde die Serie nicht für sich in Anspruch nehmen, die Geschichte des bekanntesten und beliebtesten Kinderchors der UdSSR zu erzählen – des 1970 gegründeten Großen Kinderchors des Allunionsradios und Zentralen Fernsehens.

Dafür steht das Liedrepertoire, vor allem aber der legendäre TV-Auftritt mit dem "Geburtstagslied von Krokodil Gena", mit dem der landesweite Erfolg des Großen Kinderchors begann. Das Lied kennt jeder Russe, es wird bei jedem Kindergeburtstag und so manchem 50-jährigen Jubiläum gesungen. Der TV-Auftritt des Chors mit diesem Lied in der Sendung "Lied des Jahres 1971" ist legendär. Das Publikum erzwang damals – ein einmaliger Vorgang in jener Zeit – eine Zugabe, und die Serie stellt dies ebenso originalgetreu nach wie andere Details des historischen Auftritts, inklusive des aus den Zuschauerreihen dirigierenden Chorleiters.

Wer noch Zweifel hat: Kein anderer Kinderchor trat in der jährlichen Sendung "Lied des Jahres" auf, der Große Kinderchor dafür nahezu jährlich.

Im wirklichen Leben wurde Chorgründer Wiktor Popow selbstverständlich nie gekündigt: Er leitete den Großen Kinderchor ohne Unterbrechung von 1970 bis 2008, der immer noch existierende Klangkörper trägt heute seinen Namen. Er war kein Säufer und stand auch nie in Verdacht, Kinder zu missbrauchen. Russen lieben diesen Chor und seine Lieder, und Reiner spuckte mit ihrem Machwerk jedem von ihnen in die Seele, auf das Heiligste, das jeder von uns als Stück seiner Kindheit im Herzen bewahrt. Künstlerische Freiheit ist dafür keine Rechtfertigung, sie muss dort enden, wo dreistes Lügen über reale Geschichte und reale Schicksale beginnt.

Auch die Erklärung, die Reiner in einem Interview kurz vor Sendestart gab, sie habe nicht das historische Vorbild Popow, sondern einen abstrakten "starken unabhängigen Schöpfer" (egomanisches und asoziales Lieblingsthema russischer Intelligenzija) zeichnen wollen, verfängt nicht. Dies hätte sie im modernen Setting tun können, ohne den berühmten sowjetischen Chor dafür in Beschlag zu nehmen, dessen Popularität und Lieder sie und der Filmproduzent bewusst und einschaltquotenorientiert ausbeuteten.

Es würde sich übrigens durchaus lohnen, die Geschichte von Juris Vorbild Serjoscha Paramonow – dem originalen "sowjetischen Robertino Loretti" – in einer TV-Serie zu erzählen. Anders als der fiktive Juri wurde er mit Einsetzen des Stimmbruchs durch den sowjetischen Staat nicht fallen gelassen, sondern in einer spezialisierten Musikschule eingeschult, wo er die ihm fehlende theoretische Ausbildung nachholen sollte. Er durfte eine Band gründen, mit der er sich allerdings die Stimme ruinierte und nie mehr in die Höhen aufstieg, die er als erster sowjetischer Kinderstar erlebt hatte. Der wirklich tragische Teil seiner Lebensgeschichte begann jedoch mit dem Zerfall der Sowjetunion: Im allgegenwärtigen Überlebenskampf des nun kapitalistischen Russland schuftete er sich mit Auftritten unter freiem Himmel zu Tode und starb 1998 im Alter von 36 Jahren an Herzversagen und Pneumonie.

Das hätte den zweiten Teil der Serie ausmachen müssen, aber die russische Intelligenzija liebt im

Gegensatz zur Mehrheit des Volkes die 1990er-Jahre und lässt keinen Schatten auf sie kommen. Die zutreffende Diagnose stellte ihr einst Wladimir Lenin: "Schrecklich weit entfernt sind sie vom Volk."

* * *

Warum diese Aufregung? Elon Musk und seine Wahlbeeinflussung

<https://dert.site/meinung/232672-warum-aufregung-elon-musk-und/>

13.01.2025

Das Gespräch zwischen der AfD-Vorsitzenden und dem Tech-Milliardär sorgt für Aufregung. Mischt sich der Oligarch in die deutsche Politik ein? Und ist das noch Meinungsfreiheit oder doch strafbar? Daran scheiden sich die politischen Geister und entsprechende Medienberichte folgen.

Von Wolfgang Bittner

Der Multimilliardär Elon Musk hat die Kanzlerkandidatin der AfD, Alice Weidel, am 9. Januar 2025 auf seinem Nachrichtendienst X interviewt und die Partei mit den Worten "Nur die AfD kann Deutschland retten" zur Wahl empfohlen. Dasselbe hatte er bereits am 29. Dezember 2024 in einem Gastbeitrag in der *Welt am Sonntag* geschrieben. Empörung in Politik und Medien: Musk habe damit in unzulässiger, womöglich rechtswidriger Weise Einfluss auf die Wahlen zum Deutschen Bundestag genommen, so heißt es. Der Deutsche Bundestag und die EU prüfen, ob sich Musk strafbar gemacht hat.

Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz hält die Aussagen von Musk in dem *Welt*-Artikel für "übergriffig und anmaßend". In einem Interview sagte er: "Ich kann mich nicht erinnern, dass es in der Geschichte der westlichen Demokratien einen vergleichbaren Fall der Einmischung in den Wahlkampf eines befreundeten Landes gegeben hat (...) Stellen wir uns einen kurzen Augenblick die – berechnete – Reaktion der Amerikaner auf einen vergleichbar einseitigen Beitrag eines namhaften deutschen Unternehmers in der *New York Times* zugunsten der Wahl eines Außenseiters im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf vor."

Ähnlich verhalten sich die SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil und Saskia Esken. Klingbeil verglich Musk mit Putin: "Elon Musk versucht nichts anderes als Wladimir Putin. Beide wollen unsere Wahlen beeinflussen und unterstützen gezielt die Demokratiefeinde der AfD. Sie wollen, dass Deutschland geschwächt wird und ins Chaos stürzt." Er wandte sich gegen Desinformation und forderte "rechtliche Instrumente gegen Fake News": "Wir müssen noch viel offensiver werden und die Macht der großen Internet-Plattformen wie Musks Kurznachrichtendienst X wirksam begrenzen. Hier versucht ein Tech-Milliardär seinen Einfluss zu nutzen, um den Gang der Weltpolitik zu beeinflussen."

Unzulässige Wahlbeeinflussung

Zwar ist richtig, dass es sich bei den Aktivitäten Musks um eine anmaßende, unzulässige Wahlbeeinflussung handelt. Ein Oligarch, in diesem Fall der reichste Mensch der Welt, der in erster Linie seine eigenen Interessen verfolgt, mischt sich in innerstaatliche Angelegenheiten Deutschlands ein. Aber geschieht das nicht ständig durch Kapitalgeber, Nichtregierungsorganisationen sowie durch die CIA und NSA, die spitzeln, abhören und intervenieren. Haben sich die genannten Politiker jemals darum gekümmert? Insofern mutet ihre Empörung heuchlerisch und verlogen an.

Esken sprach von einer "wehrhaften Demokratie", die "nicht käuflich" sei. Und weiter: "Wer unsere Wahl von außen zu beeinflussen versucht, wer eine antidemokratische, menschenfeindliche Partei wie die AfD unterstützt, sei die Einflussnahme staatlich organisiert aus Russland oder durch die geballte Geld- und Medienmacht von Elon Musk und seinen Milliardärsfreunden im Konzernvorstand von Springer, der muss mit unserem harten Widerstand rechnen." Dass jeweils ein gehässiger Seitenhieb auf Russland erfolgt, ist in der Berliner Politik inzwischen gang und gäbe.

Esken lobte das Verhalten der *Welt*-Redakteure, die gegen die Veröffentlichung des Artikels protestiert hatten: "Die Debatte und die teils harten Reaktionen, die die Veröffentlichung dieses Gastbeitrags auch in den Redaktionen ausgelöst hat, sind ein Hoffnungszeichen für die Widerstandskraft unserer unabhängigen Medien und unserer Demokratie."

Die Angriffe Musks gegen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzler Olaf Scholz verurteilte Esken als "niveaulose Angriffe". Sie seien "eine würdelose Grenzüberschreitung" und zeigten Musks "Respektlosigkeit gegenüber unserer Demokratie". Offensichtlich hatte Esken vergessen, dass sie in der Corona-Krise Impfverweigerer als "Covidioten" bezeichnet hat.

Viele Politiker wenden sich gegen Hass und Hetze im Internet, aber nicht gegen Diffamierungen, Hass und Hetze, soweit es gegen Russland, kritische Menschen und die AfD geht. Der russische Präsident Wladimir Putin darf Verbrecher, Mörder oder Autokrat genannt werden, Andersdenkenden dürfen Bankkonten gesperrt und bei einer Demonstration selbst ernannter Verteidiger der Demokratie durfte skandiert werden "Ganz Berlin hasst die AfD".

Wissenschaftler und Gewerkschafter melden sich zu Wort

Auf der ersten Seite meiner Tageszeitung *Göttinger Tageblatt* vom 11. Januar 2025 lautet die Überschrift eines Artikels: "Hochschulen legen ihre X-Accounts still". Ich lese: "Zu viel Hass, Desinformation und Manipulation – mehr als 60 Hochschulen und Forschungsinstitute deutschlandweit legen ihre Accounts auf der Plattform X still. Die aktuelle Ausrichtung der Plattform sei nicht vereinbar mit den Grundwerten der beteiligten Institutionen wie Weltoffenheit, Transparenz und demokratischer Diskurs."

Weiter heißt es in dem Artikel: "Die jüngsten Veränderungen auf X von der algorithmischen Verstärkung rechtspopulistischer Inhalte bis zur Einschränkung der Reichweite seien für die Organisationen unvertretbar. 'Die Werte, die Vielfalt, Freiheit und Wissenschaft fördern, sind auf der Plattform nicht mehr gegeben.' Der gemeinsame Austritt solle ein Zeichen 'für eine faktenbasierte Kommunikation und gegen antidemokratische Kräfte' setzen." Ja werden denn diese beschworenen Werte auf anderen Plattformen gepflegt? Verstärken und propagieren sie nicht auch populistische und ideologische Inhalte, wenn auch mit anderer Zielsetzung?

Ich würde gerne wissen wollen, was sich diese Leute denken, die als "wissenschaftliche Experten" das große Wort führen und meinen, die Wahrheit zu vertreten, während sie willfährig nachbeten, was ihnen von der zumeist aus Washington gesteuerten Politik vorgesagt wird. In der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie bescheiden es um ihre Wissenschaftlichkeit und ihr Demokratieverständnis steht.

Nach einschlägigen Erfahrungen wundere ich mich auch nicht, dass die Gewerkschaft Verdi und die Lehrgewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ihre X-Accounts gekündigt haben. In einer Mitteilung vom 9. Januar 2025 ist zu lesen, X sei ein "Forum für die Verbreitung von rechtsextremistischen Positionen, von Hass und Hetze, von Demokratiefindlichkeit und Desinformation". Anlass war das Live-Gespräch zwischen Musk und Weidel.

Parteiverbot für die AfD?

Wieder wird von einigen Politikern ein Verbot der AfD ins Gespräch gebracht. Aber über diese Partei mag man denken, was man will, die AfD ist eine zugelassene Partei, die nur durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts verboten werden kann. Soweit das nicht geschieht, gilt das Parteienprivileg des Artikels 21 des Grundgesetzes auch für die "mit allgemein erlaubten Mitteln arbeitende parteioffizielle Tätigkeit der Funktionäre und Anhänger", wie das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung vom 21. März 1961 festgestellt hat. (siehe BVerfG E 12, 296, 306)

Weiter führte das BVerfG aus: "Ihre Tätigkeit ist durch das Parteienprivileg auch dann geschützt, wenn ihre Partei durch eine spätere Entscheidung des BVerfG für verfassungswidrig erklärt wird (...) Die Anhänger und Funktionäre einer solchen Partei handeln, wenn sie die Ziele ihrer Partei propagieren und fördern, sich an Wahlen beteiligen, im Wahlkampf aktiv werden, Spenden sammeln, im Parteiapparat tätig sind oder gar als Abgeordnete sich um ihren Wahlkreis bemühen, im Rahmen einer verfassungsmäßig verbürgten Toleranz. Das Grundgesetz nimmt die Gefahr, die in der Gründung oder Tätigkeit einer solchen Partei bis zur Feststellung ihrer Verfassungswidrigkeit besteht, in Kauf."

Diese Entscheidung, die in der Vergangenheit von manchen Gerichten aus ideologischen Gründen ignoriert wurde, betraf seinerzeit die KPD, aber sie hat selbstverständlich auch für jede andere Partei Geltung. Denn für die rechtliche Bewertung der Zulassung einer Partei und für deren Tätigkeit ist es unerheblich, ob sie dem rechten oder linken Spektrum angehört. (Weiteres dazu: "Niemand soll hungern, ohne zu frieren", Wolfgang Bittner, Verlag zeitgeist 2024, S. 178)

Zweierlei Maß

Die Angriffe gegen Elon Musk, der sich in innerstaatliche Angelegenheit nicht nur in Deutschland einmischt, entbehren jeglicher politischen Stringenz, sie sind scheinheilig. Sollten Merz, Klingbeil, Esken und andere wirklich nicht wissen, dass der Multimilliardär Bill Gates seit Längerem Einfluss auf die deutsche Politik nimmt, indem er willfährige Medien wie *Spiegel Online* und *Die Zeit*, aber auch Forschungsinstitute und Unternehmen sponsert? (Weiteres dazu: "Deutschland – verraten und verkauft", Wolfgang Bittner, Verlag zeitgeist 2021, S. 220)

Gates durfte sogar im deutschen Fernsehen auftreten. Ebenfalls sehr aktiv in politischer Einflussnahme – um nur einen weiteren Fall von vielen zu nennen – ist der US-amerikanische Investor und Multimilliardär George Soros mit seinen Stiftungen.

Aber soweit die ideologische Ausrichtung stimmt, nimmt im sogenannten Wertewesten niemand Anstoß daran. Vergessen ist, dass Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel in den US-Medien Wahlkampf gegen Donald Trump betrieb, und dass zahlreiche deutsche Politiker und Politikerinnen Propaganda für Hillary Clinton, Joe Biden und Kamala Harris machten.

Gelassenheit ist angesagt

Wenn allerdings Alice Weidel, die hin und wieder gute Reden im Bundestag hält, Hitler "kommunistisch" nennt, Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel als "Sozialistin" bezeichnet und von einer "sowjetischen Europäischen Union" spricht, zeugt das von einer grundlegenden politischen Verwirrtheit. Insofern hat sie sich und ihrer Partei mit ihrem spektakulären Auftritt keinen Gefallen getan.

Erfreulich, dass Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki wie

auch einige andere Politiker zur Gelassenheit rieten. Scholz sagte, Meinungsfreiheit gelte auch für Multimilliardäre, und "dass man Dinge sagen kann, die nicht richtig sind und keinen guten politischen Ratschlag beinhalten". Kubicki ist der Ansicht, dass sich die Tesla-Fahrer in Deutschland nicht "von dieser Meinungsäußerung in ihrer Wahlentscheidung beeinflussen lassen". Eventuell könnte das auch auf die ehemaligen Montagsdemonstranten, die Covid-Verweigerer und manch andere kritische Bürger zutreffen.

Von Wolfgang Bittner ist kürzlich das Buch "Niemand soll hungern, ohne zu frieren – So wie es ist, kann und wird es nicht bleiben" im Verlag zeitgeist erschienen.

* * *

Vom Winde verweht? – Die "Kanzlerakte" im Wahljahr 2025

<https://dert.site/meinung/232771-vom-winde-verweht-kanzlerakte-im/>

14.01.2025

Wenige Staatsdokumente der Nachkriegs-BRD sind sagenumwobener als die "Kanzlerakte". Welchen Inhalt hat sie wohl? Ein Indiz für Deutschlands pathologisches Souveränitätsdefizit? Etwa das einzige Indiz? Vor der Wahl ist nach der Wahl – aber wir wollen es wissen.

Von Elem Chintsky

Wer in dieser aufrührerischen Polit-Ära des alten Kontinents Ruhe spendenden Balsams bedarf, muss lediglich den weisen Worten eines Thierry Breton zu "zu viel authentischer Demokratie" lauschen:

"Wir haben es in Rumänien getan und wir werden es offensichtlich, falls nötig, auch in Deutschland tun müssen."

Was genau eigentlich? – Das Ungültigmachen von freien Präsidentschaftswahlen in einem EU-Mitgliedsstaat. Der ehemalige EU-Kommissar hat gleichzeitig den in den Leitmedien propagierten angeblichen Vorwand, dass diese Ungültigmachung rein innerhalb der Gewalten Rumäniens vollzogen wurde, mit seiner eitlen Rühmung platzen lassen. Einmischung von außen ist bestätigt. Auch der pathetische Imperativ Bretons "falls nötig, [...] tun müssen" trieft vor Mangel an Selbstreflexion und steht stellvertretend für das gesamte "erziehungsberechtigte" EU-Establishment und seine ideologische Verblendung und Hybris.

Der aufmerksame Thierry hat auch schon Partisanen-Rückenwind vom deutschen Bundespräsidenten und BRD-Hohepriester Frank-Walter Steinmeier, der bei einem "falschen Wahlergebnis" seine Kleider und die Stimmzettel zerreißen wird.

So viel Spaß es auch macht, all das aufs Korn zu nehmen, kehrt sofort bittere Ernüchterung ein, wenn man sich gewahr wird, dass nur ein kleiner Teil des deutschen Volkes sich dieser tragischen Komik abgeklärt erfreuen kann. Alle anderen fragen sich leider immer noch intensiv: "Merz oder Habeck" im Februar 2025? Deshalb ist es an der Zeit, über die verheißungsvolle Kanzlerakte zu sprechen.

Das Dokument, welches nicht ist?

Bei all den Diskussionen über Deutschlands eigentliches Maß an Staatssouveränität kommt ein vernebeltes Stichwort immer wieder auf: die ominöse "Kanzlerakte".

Ein Original des offiziell als "Geheimer Staatsvertrag vom 21.05.1949" bezeichneten Dokuments konnte bisher nicht geborgen werden. Eine erste, zweite oder dritte Kopie? – auch nicht. Die historiografische Fährte soll erst bei der Erwähnung des "Verlustes der Kopie Nr. 4", in einer vermeintlichen "BND-Verschlusssache" von 1992 beginnen. Dazu und zur Verlässlichkeit dieses Schriftstücks gleich mehr.

Aber es gibt noch ein Buch von Generalmajor Gerd-Helmut Komossa mit dem Titel "Die deutsche Karte. Das verdeckte Spiel der geheimen Dienste. Ein Amtschef des MAD berichtet" (erschieden bisher ausschließlich im österreichischen Ares-Verlag, Graz 2007), in dem der ehemalige Chef des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) den Inhalt des Originals mit eigenen Worten beschreibt: [deutsche Rückübersetzung aus der russischen Fassung, die 2009 im Moskauer Folio-Verlag erschienen ist]

Darin heißt es:

"[...] Der Geheime Staatsvertrag vom 21. Mai 1949 wurde vom Bundesnachrichtendienst unter 'Strengste Vertraulichkeit' eingestuft. In ihm wurden die grundlegenden Vorbehalte der Sieger bezüglich der Souveränität der Bundesrepublik bis zum Jahre 2099 festgeschrieben, was heute wohl kaum jemandem bewusst sein dürfte. Demnach wurde zum einen 'die Medienhoheit der alliierten Mächte über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien' bis zum Jahre 2099 fixiert. Zum anderen wurde geregelt, dass jeder Bundeskanzler Deutschlands auf Anordnung der Alliierten vor Ablegung seines Amtseides die sogenannte 'Kanzlerakte' zu unterzeichnen hat. Darüber hinaus blieben die Goldreserven der Bundesrepublik durch die Alliierten gepfändet. Dessen ungeachtet erhielt die Bundesrepublik Deutschland einen Teil ihrer Souveränität zurück, aber eben nur einen Teil. Eben nur so viel, wie es für die Begründung der Aufstellung deutscher Truppenverbände bedurfte [...]"

Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages musste wohl irgendwann (Sommer 2022) etwas ausführlicher reagieren und positionierte sich zu dem Buch sowie zu den dort vom Generalmajor aufgestellten Behauptungen über die "Kanzlerakte" folgendermaßen:

"In der wissenschaftlichen Literatur existiert kein Beleg dafür, dass es den vom früheren Leiter des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), Gerd-Helmut Komossa, in seinem Buch 'Die deutsche Karte' angeführten 'geheimen Staatsvertrag' vom 21. Mai 1949 gegeben hat [...]"

Auch werden einige forensische Parameter zu dem einzigen sich im Umlauf befindenden Dokument, das sich auf eine "Kanzlerakte" beruft, erwähnt.

Ein erstes Fazit

Das vollständige Original einer "Kanzlerakte" ist der Öffentlichkeit bisher nicht zugänglich gemacht worden – sofern diese jemals existierte. Selbst falls doch, würde das Dokument trotzdem mit Sicherheit nicht sofort im Berliner Pergamonmuseum ans Ishtar-Tor von Babylon genagelt werden. Man würde eher systemisches, aber freundliches Schweigen walten lassen. Kopien sollen aber angeblich erstellt worden sein.

Eine angebliche "BND-Verschlusssache" von 1992 soll die Existenz von mindestens vier Kopien dieses "Geheimen Staatsvertrages" (Kanzlerakte) behaupten. Dieses zweitrangige Dokument kursiert online und wird vom BND nicht für sich beansprucht. Bisher gibt es jedoch ein recht eindringliches Plädoyer dafür, dass die Authentizität dieser "BND-Verschlusssache" sowie die Existenz eines "Staatsministers Dr. Rickermann" als Autor dessen mehr als fraglich ist. Nicht zuletzt der Vermerk auf dem Dokument "Strengste Vertraulichkeit" soll so niemals im internen Schriftverkehr deutscher Behörden verwendet worden sein. Dieser Vermerk wird aber tatsächlich so

auch im Buch Komossas erwähnt.

War Komossa also MAD-Chef, oder nicht? (Er war es.) Aber würde ein MAD-Chef und Chef des Amtes für Sicherheit der Bundeswehr (ASBw) in den Jahren 1977 bis 1980 einen solchen Fauxpas in sein Sachbuch von 2007 integrieren? War es überhaupt ein Fauxpas? Unterscheiden sich vielleicht die Formate behördlicher Schreiben zwischen dem BND und dem MAD im Hinblick auf solche Vermerke wie "Strengste Vertraulichkeit"? Hätte Komossa sich auf irgendeine unabhängige Zweitquelle berufen können (ob er sich auf die Aktenfälschung bezog, ist unbekannt)? Wenn er sie gehabt hätte, warum nicht? Seiner Behauptung hätte das sicherlich mehr Gewicht verliehen. Auch wenn seine Ausführungen als eine gewisse Art Insider-Zeitzeuge mit plausiblen Berufshintergrund dennoch nicht ganz von der Hand zu weisen sein sollten. Ganze elf Jahre nach der Veröffentlichung starb der Mann im Jahr 2018, ohne auf diese Ungereimtheiten öffentlich eingegangen zu sein. In den letzten Jahren vor seinem Tod waren sein Verbleib und seine Verfassung ein Rätsel.

Der früher existente Wikipedia-Artikel zum Thema "Kanzlerakte" wurde mittlerweile gelöscht, was den Hütern des Status quo eigentlich zum Nachteil gereicht. Zumal eben dort eine erschöpfende Analyse für die Bestätigung einer groben Fälschung der erwähnten BND-Verschlusssache nachzuprüfen war. Manche Online-Analysen ignorieren jedoch die These einer "grotesken Fälschung" – samt aller formellen Argumente – und nehmen von vornherein an, dass es sich bei diesem Dokument nichtsdestotrotz um eine verlässliche, authentische Referenz handelt.

Egon Bahr als Kron-Zeitzeuge

Ein ehemals einflussreicher Mann im Machtgefüge der BRD, der sich in seinem Lebensabend befindet, sollte in seiner Mitteilungsbedürftigkeit nicht unterschätzt werden. So hatte Egon Bahr als enger Vertrauter von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD, 1969–1973) und entscheidender Bundesminister die damalige Innen- und Außenpolitik Deutschlands mitgestaltet. Bahr fiel drei große Male auf: im Jahr 2009 bei der Wochenzeitung *Die Zeit*, im Jahr 2011 im Gespräch mit der *Jungen Freiheit* und drei Jahre danach beim Magazin *Compact*:

"In der 'Zeit' habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt 'drei Briefe' an die Botschafter der Westmächte zur Unterschrift vorgelegt wurden. Damit sollte er zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten. Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Hoheit verstanden. Willy Brandt war empört."

In seiner Empörung sprach Brandt zwar von einem "Unterwerfungsbrief", unterschrieb dann letztendlich aber doch alle drei diese Briefe – als ihm erklärt wurde, dass alle seine Nachkriegsvorgänger es ebenfalls getan hätten. "Helmut Schmidt konnte sich nicht erinnern, einen entsprechenden Brief vorgelegt bekommen zu haben. Kohl habe ich nicht gefragt", so der 2015 verstorbene, deutsche Staatsmann Bahr.

Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages gab sieben Jahre nach Bahrs Tod die Erklärungsschablone, dass die "drei Briefe" an die drei westlichen Siegermächte vollkommen offenkundige Formalitäten gewesen seien:

"Mit seiner Unterschrift unter den von Bahr als 'Kanzlerakte' bezeichneten Brief hat Brandt also lediglich die ohnehin geltende Rechtslage bestätigen sollen, was Brandt geärgert habe, da ihm diese als ehemaliger Regierender Bürgermeister natürlich bestens vertraut war. Von einem durch die Unterschrift unter eine 'Kanzlerakte' vermeintlich zu bestätigenden 'geheimen Staatsvertrag'

und bis zum Jahr 2099 festgeschriebenen alliierten Vorbehaltsrechten spricht Bahr in seinen Texten – in deutlichem Kontrast zu Gerd-Helmut Komossas Buch – indes an keiner Stelle."

Die Kollegen vom wissenschaftlichen Dienst ignorieren Bahrs Pochen auf Brandts beide ausdrücklichen Gründe zur Empörung. "Vor allem hat es ihn empört, weil er als Bundeskanzler zuerst seinem Amtseid verpflichtet ist", erläuterte Bahr genauer.

Brandt war diese Abfolge von Prioritäten – erst das Volk, das ihn wählte, dann das Verpflichten gegenüber den Siegermächten – anscheinend prinzipiell wichtig. Auch wenn er sich dann doch noch vor dem Amtseid dazu umstimmen ließ, diese Dokumente zu unterzeichnen. Des Weiteren ist die Argumentation, dass die Empörung nur Brandts Ego als im Bilde gewesener Bürgermeister betraf, der "über Offensichtliches dennoch belehrt werden musste" nicht ausreichend, um seine relativ steile Formulierung "Unterwerfungsbrief" nachvollziehbar zu kontextualisieren. Wenn Bahr seinen engen Weggefährten richtig zitiert, dann gingen diese "drei Briefe" und ihr Inhalt für Brandt weit über herkömmliche, Regionalpolitikern bestens bekannte, Formalitäten hinaus.

Aber der letzte Punkt des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages ist durchaus überzeugend. Falls Bahr aufrichtig von einer Furcht vor Deutschlands rasantem Souveränitätsverlust und einer patriotischen Sorge um sein Land motiviert gewesen war (was in jedem Fall weiterhin durchaus plausibel erscheint) – wäre es dann nicht äußerst naheliegend, den von Komossa in seinem Buch erwähnten Medienvorbehalt der alliierten Mächte über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien bis ins entfernte Jahr 2099 auch bei der *Jungen Freiheit* oder später im Jahr 2014 beim *Compact-Magazin*, zu erwähnen? Es wären gute Gelegenheiten für eine starke Indizien-Bündelung von Argumenten gewesen, die durchaus unabhängig voneinander eine historische Kohärenz etabliert hätten. Diese Kohärenz ist zwar dennoch da, aber abgeschwächer, weniger fantastisch (das Jahr 2099) und mit gewisser Disharmonie versehen. Nämlich wegen des bisher nicht kraftvoll widerlegten Fälschungsvorwurfs gegenüber dem bisher einzigen Dokument, auf das man sich stützt und für das man bisher keine unabhängig etablierte Zweitquelle vorlegen konnte.

Ein zweites Fazit

Selbst wenn es die "Kanzlerakte" doch irgendwo im Äther deutscher Bürokratie verschleiert gäbe, hatte sie wenig Effekt auf Gerhard Schröder, der sich als Bundeskanzler 2003 gegenüber dem republikanisch regierten Washington D.C. weigerte, an der US-Invasion und -Okkupation des Iraks mit deutschen Truppen teilzunehmen. Womöglich war ihm aber die Gleichgesinntheit Frankreichs unter Jacques Chirac – wohlgermerkt Staatsoberhaupt von einem der drei westalliierten Länder, das über die BRD Hoheit haben soll – eine Stütze. Für die NATO-Bombardierung Belgrads unter Bill Clinton im Jahr 1999 wäre die hypothetische Kanzlerakte als diplomatischer Maulkorb wiederum ausreichend gewesen. Bräuchte man heute eine strenge "Kanzlerakte", um den autonomen Freidenker-Rebellen Robert Habeck oder den BlackRock-Apostel Friedrich Merz in ihrer patriotischen Aufmüpfigkeit zu bändigen? – sicherlich nicht.

Vielleicht ist die Kanzlerakte einfach ein mächtiges, konstruiertes Sinnbild derer, die klar die Souveränität ihres geliebten Landes koppeln wollen an etwas mechanisch-formalistisches, klar in der Zeitgeschichte Nachkriegsdeutschlands Verortetes, um den tragischen Werdegang der eigenen Nation ab spätestens 1990 irgendwie zu rechtfertigen und zu rationalisieren?

Was ist, wenn sich die Deutschen auch ohne eine zusätzlich sterilisierende Verpflichtung, die von allen Kanzlern – von Adenauer bis Scholz – unterzeichnet wurde, indoktrinieren und kognitiv entwaffnen ließen? Hierfür gibt es Beweise, Belege und Indizien wie Sand am Meer.

Der Autor dieses Textes ist überzeugt, dass eine solche Akte heute gar nicht mehr vonnöten wäre

(sowie zu keinem Zeitpunkt im bisherigen 21. Jahrhundert), um Deutschland seine nationalen Interessen und seinen fundamentalen Selbsterhaltungstrieb vollkommen verdrängen zu lassen – und gleichzeitig die Diskursqualität so zu vergiften, dass nie eine größere Menge an Menschen in Deutschland hellhörig werden und nach einem wahrhaft souveränen Staat für sich trachten würde.

Dagegen sind die eigentlich zeitweilige Beschaffenheit (Art 146) und das Fortbestehen des BRD-Grundgesetzes, der UNO-Feindstaatenklausel für Deutschland (und Japan) sowie das Fehlen eines juristisch-völkerrechtlich unmissverständlichen Friedensvertrages für Deutschland (sofern man solch einen fundamentalen Status braucht, um die Hörigkeit und den Masochismus des eigenen Landes zu rationalisieren) Futter für Empörung genug. Die Erklärungen für die Genese des gestörten deutschen Selbstverständnisses sind eher in der kulturellen und politologischen Entwicklung, der zentralistischen Propaganda und cleveren, kulturellen Demoralisierung über viele Jahre – und der eigenen persönlichen Empfänglichkeit für ebendiese – zu suchen.

Dort viel mehr als bei einer von Adenauer erstmals unterzeichneten Kanzlerakte, da dieses Selbstverständnis sich wie ein systemisches Virus der Geister aller Deutschen bemächtigte. Man braucht keine "Kanzlerakte", um klar zu erkennen, dass "die Medienhoheit der alliierten Mächte über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien" langfristig fixiert und in vollem Betrieb ist. Jedenfalls werden kognitive Kriege an der eigenen Bevölkerung nicht lediglich mit einer Unterschrift alle vier Jahre vor Amtseid-Abgabe geführt. Das aber ist der Stoff, aus dem ein anderer Artikel gemacht ist. Mit einer Sache aber hatte die Kanzlerakte zumindest zur Hälfte recht: Die deutschen Goldreserven sind heute zu 50 Prozent in britischem und US-amerikanischem Besitz, beziehungsweise unter deren freundlicher, "alliiertes Verwaltung".

Elem Chintsky ist ein deutsch-polnischer Journalist, der zu geopolitischen, historischen, finanziellen und kulturellen Themen schreibt. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit RT DE besteht seit 2017. Seit Anfang 2020 lebt und arbeitet der freischaffende Autor im russischen Sankt Petersburg. Der ursprünglich als Filmregisseur und Drehbuchautor ausgebildete Chintsky betreibt außerdem einen eigenen Kanal auf Telegram, auf dem man noch mehr von ihm lesen kann.

* * *

Grönland wird gemäß dem Donbass-Szenario diskreditiert

<https://dert.site/meinung/232886-groenland-wird-gemaess-dem-donbass-szenario-diskreditiert/>
15.01.2025

Als die Ereignisse im Donbass im Jahr 2014 begannen, schrieben die ukrainischen Medien, dass es Obdachlose seien, die auf die Straße gehen. Jetzt schreiben die europäischen Medien das Gleiche über Grönland. Wie viele Jahre sind vergangen, und nichts hat sich geändert.

Von Oleg Zarjow

Medien berichten, dass Donald Trump Jr. Obdachlose bestochen habe, damit sie den Kauf von Grönland durch die USA unterstützen.

Einem dänischen Fernsehsender zufolge, dessen Bericht gerne von europäischen Medien wie der *Bild* aufgegriffen wurde, zeigen Aufnahmen, auf denen Donald Trumps Sohn sich in einem Restaurant mit einer Gruppe von Menschen trifft, die MAGA-Mützen tragen. Diese seien keine echten Unterstützer der Vereinigten Staaten, sondern Menschen von der Straße, die im Austausch gegen kostenloses Essen eingeladen wurden – es wird behauptet, dass es Obdachlose gewesen seien.

Die Menschen hätten Mützen mit Trumps Wahlkampfsymbolen erhalten und seien in ein Restaurant eingeladen worden. Die gesamte Veranstaltung habe den Sohn des ehemaligen US-Präsidenten weniger als 10.000 dänische Kronen (etwa 1.340 Euro) gekostet. Es wird behauptet, die Organisatoren hätten "aus den Fenstern auf die Straße gebrüllt, dass es kostenloses Essen gibt, und das war erniedrigend". Gleichzeitig wird hervorgehoben, dass Trump Jr. und seine Mannschaft laut Augenzeugen fast kein Trinkgeld für die Kellner hinterlassen hätten. Mit anderen Worten: Sie seien nicht nur Lügner, sondern auch Geizkragen.

Wie viele Jahre sind vergangen, und nichts hat sich geändert. Als die Ereignisse in Lugansk und Donezk im Jahr 2014 begannen, zeigte das ukrainische Fernsehen diese Ereignisse, und es wurde behauptet, dass es Obdachlose waren, die auf die Straßen gingen. Das Gebäude der Regionalverwaltung in Donezk sei von Obdachlosen besetzt worden. Und das Gebäude der Regionalverwaltung in Lugansk sei nicht von Raketen getroffen worden, sondern es sei eine Klimaanlage explodiert.

Damals haben sie gelogen, und nach so vielen Jahren wenden sie im Allgemeinen immer noch die gleichen Methoden an. Aber nicht mehr in Bezug auf den Donbass, sondern auf Grönland.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist zuerst am 13. Januar 2025 auf der Webseite der Zeitung Wsgljad erschienen.

Oleg Zarjow ist ein ehemaliger ukrainischer Rada-Abgeordneter. Von 2002 bis 2014 vertrat er seinen Einzelwahlkreis im ukrainischen Parlament und stieg zu einer der Führungspersonlichkeiten der ukrainischen Partei der Regionen auf. Nachdem er gewaltsam gezwungen wurde, seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen im Mai 2014 zurückzuziehen, musste er auf die Krim fliehen, engagierte sich für Neurussland und lebt seitdem im russischen Exil. Im Oktober 2023 überlebte er nur knapp einen Mordanschlag des ukrainischen Geheimdienstes.

* * *

Sachar Prilepin über mögliches Verhandlungsergebnis zur Ukraine: "Nicht das, was wir wollen"

<https://dert.site/meinung/233196-sachar-prilepin-ueber-moegliches-verhandlungsergebnis/>

16.01.2025

Der Schriftsteller und Politologe Sachar Prilepin hat Insiderinformationen über ein mögliches Ergebnis von Verhandlungen zwischen Donald Trump und Wladimir Putin analysiert und ist nicht begeistert. Als Problem sieht er weniger die Aufgabe weitreichender Ziele in der Ukraine, sondern die Rückkehr prowestlicher Eliten in Russland.

Von Sachar Prilepin

Insider haben ins Netz gestellt, welche Art von Friedensgesprächen uns bald bevorstehen könnten und was Russland in deren Ergebnis erhalten würde.

Die Ukraine, sagen sie, wird künftig ein neutraler Staat mit einer begrenzten Armee sein. Natürlich glauben wir nicht, dass die Zusagen zur Begrenzung der Armeegröße eingehalten werden. In den Volksrepubliken Donezk und Lugansk hatten wir gemäß den Minsker Vereinbarungen überhaupt keine Armee, sondern nur die Volksmiliz. Motorola und Giwi befehligten die Donezker Milizionäre und meisterten Aufgaben aller Schwierigkeitsgrade.

So sieht es also aus. Denselben Leaks zufolge werden NATO-Mitglieder im Rahmen bilateraler

Sicherheitsabkommen weiterhin Waffen an die Ukraine liefern, unter der Bedingung, dass sie nicht gegen Russland oder zur Inbesitznahme unserer Gebiete eingesetzt werden dürfen. Auch diese Zusagen sind kein Wort wert.

Aber es wird doch Donald Trump sein, der uns die Einhaltung der Vereinbarungen garantiert, nicht ein paar Franzosen und Deutsche wie beim letzten Mal. Trump ist, wenn man unseren Optimisten Glauben schenken darf, ein Mann des Wortes und hasst Linke. Das wissen wir zu schätzen. Als "links" gelten in unserem Reich der krummen Spiegel, in dem die Menschen die Himmelsrichtungen kaum noch unterscheiden können, Joe Biden und Barack Obama. Mit ihnen haben wir keinen Deal, aber mit Trump ... Auf Trump können wir zählen ...

Gut, kein Wort mehr dazu.

Unsere Quellen sagen uns, dass Russland die Gebiete bis zur aktuellen Frontlinie behalten wird, aber sie sagen auch, dass Moskau offen für den Austausch einiger Gebiete ist. Das heißt, allem Anschein nach werden wir das, was wir an einem Ort erobert haben, gegen die ukrainisch besetzten Teile des Gebiets Kursk eintauschen.

Ich lasse hier alle Emotionen beiseite, denn wie Sie wissen, kann jeder, der es anders haben will, an die Front gehen und dort heldenhaft erreichen, was er will. Wer nicht selbst kämpft, braucht sich nicht zu beschweren.

Ich beschwere mich auch nicht. Wir alle wissen, dass Russland nicht jeden Krieg in seiner Geschichte gewonnen hat. Übrigens haben wir nach der Wiedervereinigung mit Malorossia/Ukraine im Jahr 1654 weitere 13 Jahre gekämpft, um das zu erobern, womit wir uns wiedervereinigt hatten, und obwohl wir sogar Lwow erreichten, beschränkten wir uns am Ende auf Teile links des Dnjepr sowie auf ein geliehenes Kiew.

Mit dem Beginn der militärischen Sonderoperation begann unsere nicht immer kluge Propaganda, Memes nach dem Motto "Ha ha, schaut mal, wie klein die Ukraine 1654 war" zu verbreiten. Tatsächlich zeichneten wir das, was wir damals erobern konnten, während auf der anderen Seite des Dnjepr sehr wohl die Ukraine des rechten Ufers weiter existierte, die wir nicht kontrollierten. 140 Jahre hat es gedauert, bis auch sie Teil Russlands wurden.

Ich meine damit, dass die Geschichte keinen Schlusspunkt kennt.

1920 gingen Teile der Ukraine wieder verloren, aber dieses Mal wollte man nicht so lange warten und holte sie sich innerhalb von 19 Jahren zurück. Nur Gott weiß, wie es dieses Mal sein wird.

Wie zweifelhaft der Frieden auch sein mag, der uns erwartet, wir haben das Land um riesige Gebiete vergrößert und Millionen neuer Staatsbürger gewonnen. In diesem Sinne sind wir genauso siegreich wie Zar Alexei Michailowitsch.

Es gibt nur eine Sache, die mich in dieser fast unvermeidlichen Geschichte des Waffenstillstands erschreckt: dass der Waffenstillstand nicht Beginn einer grundlegenden Neuordnung Russlands sein wird. Dass er nicht zu einer Abkehr vom westlichen Modell im weitesten Sinne und zum Übergang zu globalen Formen der Zusammenarbeit mit neuen Partnern – von der DVRK, Kuba, Vietnam, China und Venezuela bis zum Iran oder sogar, sagen wir, Afghanistan – führen wird, sondern als Anlass für den Beginn von Prozessen in die entgegengesetzte Richtung.

Was mir Angst macht, ist, dass der Waffenstillstand als Vorwand dienen wird, die ganze BRICS-Sache rückgängig zu machen ("Wir haben euch nichts versprochen!") und eine vollwertige

rechtsliberale Revanche einleiten wird. Dass es bald heißen wird:

"Lasst uns die Liberalen zurück nach Russland holen! Sie werden unsere Beziehungen zum Westen verbessern! Sie werden die Sanktionen aufheben! Sehen Sie, sogar Julia Latynina ist jetzt eine Trumpistin und eine Konservative geworden! Wundern Sie sich nicht, Tschubais ist sogar noch rechter!"*

Das ist, was ich nicht wollen würde.

Denn die Geschichte mit der Ukraine lässt sich in die Länge ziehen und so noch zum Guten wenden. Schließlich wird es mit der Zeit immer weniger Menschen auf der Welt geben, die bereit sind, das zerstörerische, menschenfeindliche Regime in Kiew zu unterstützen.

Aber die Rückkehr der liberalen "Eliten", die das Land verlassen haben oder hier in Deckung gegangen sind, wird den noch jungen Gesundheitstendenzen Russlands ein bitteres Ende bereiten. Wieder wird ein "kollektiver Galkin"* auf dünnen Beinen seinen Todestanz auf russischen Hoffnungen, auf unreifen Blüten, auf russischen Knochen tanzen.

** Julia Latynina ist eine radikale rechtsliberale Journalistin, Maxim Galkin ist ein Parodist und Ehemann der 27 Jahre älteren Popdiva Alla Pugatschowa. Alle drei verließen Russland im Jahr 2022 und gelten als Agenten des Auslands.*

Übersetzt aus dem Russischen. Den Text hat Prilepin für den TG-Kanal "Exklusiv für RT" verfasst.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im Januar 2025 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2025. Alle Rechte vorbehalten.